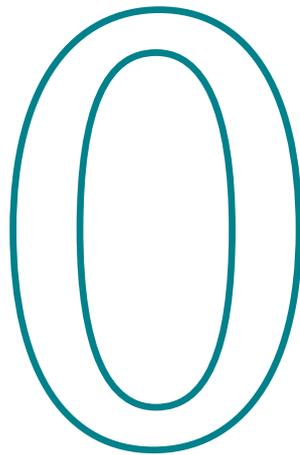




Bundesministerium
für Wirtschaft
und Klimaschutz



**Schlaglichter
der Wirtschaftspolitik
Februar 2023**
Monatsbericht

14

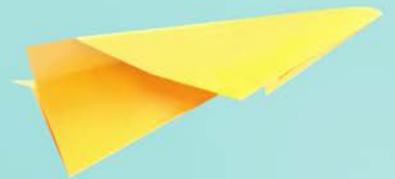
*Aufgedreht: BMWK stärkt
Forschung für die Wärmewende*

17

*Mittelstand-Digital Zentren –
Neuausrichtung des Netzwerks*

21

*Industriekonferenz 2022:
Industriepolitik in Zeiten
globaler Herausforderungen*



**JAHRESWIRTSCHAFTS-
BERICHT 2023:
WOHLSTAND ERNEUERN**

Liebe Leserin, lieber Leser,

Am 25. Januar hat das Bundeskabinett den Jahreswirtschaftsbericht 2023 beschlossen. Er zeigt, dass Deutschland die wirtschaftlichen Folgen des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine bislang gut bewältigt hat. Wir haben die Krise beherrschbar gemacht und die Situation gemeinsam gemeistert – als Gesellschaft, die zusammensteht. Die Krise ist noch nicht vorbei, aber auch für dieses Jahr sind die Projektionen verhalten optimistisch. Die Bundesregierung erwartet einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 0,2 Prozent.

Der Jahreswirtschaftsbericht steht im Fokus dieser Ausgabe. Die Bundesregierung legt darin insbesondere dar, wie sie die Transformation zu einer ökologisch wie sozial nachhaltigen und innovationsgetriebenen Volkswirtschaft gestalten und die Weichen für eine Sozial-ökologische Marktwirtschaft stellen will.

Zu diesen Weichenstellungen gehört, dass wir Europa industriepolitisch strategischer aufstellen und resilienter machen. Wie das gelingen kann, haben wir bei der Industriekonferenz im November 2022 diskutiert. Das BMWK hat die Konferenz gemeinsam mit dem Bündnis „Zukunft der Industrie“ ausgerichtet – wir berichten dazu in dieser Ausgabe.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine stellt nicht zuletzt eine Zäsur für die deutsche Energieversorgung dar. Die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu verringern ist nicht nur das klimapolitische, sondern auch das sicherheitspolitische Gebot der Stunde. Wichtige politische Weichen dafür haben wir 2022 gestellt, nun gilt es gemeinsam mit allen Akteuren das Tempo weiter zu erhöhen.

58 Prozent des deutschen Energieverbrauchs entfallen auf Wärme. Die Wärmewende ist somit ein unverzichtbarer Bestandteil der Energiewende. Das BMWK stärkt daher die Forschung zu klimaneutraler Wärme und Kälte mit einem



entsprechenden Förderaufruf. Mehr Informationen dazu und Einblicke in die Potenziale der Forschung für die Wärmewende finden Sie in dieser Ausgabe.

Über 30 Prozent des Energieverbrauchs in Deutschland entfallen auf den Gebäudesektor – auch hier spielt die Wärme eine große Rolle. Um die Einsparpotenziale im Gebäudebereich zu heben, fördert das BMWK die Online-Klimaschutzberatung, die sich an private Haushalte, Unternehmen, Kommunen und Bildungseinrichtungen richtet. Wir stellen Ihnen das Beratungsangebot vor.

Außerdem informieren wir über die laufende Neuausrichtung des Netzwerks der Mittelstand-Digital Zentren. Die Zentren sind eine Säule des Förderschwerpunkts „Mittelstand-Digital“, mit dem das BMWK insbesondere kleine und mittlere Unternehmen sowie das Handwerk, aber auch Start-ups bei einer ganzheitlichen und auf Nachhaltigkeit ausgerichteten digitalen Transformation unterstützt.

Ich wünsche Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, eine interessante Lektüre.

Dr. Robert Habeck

Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz

Inhalt



DIE „SCHLAGLICHTER“ IM ABONNEMENT

Melden Sie sich für den Schlaglichter-Newsletter an und verpassen Sie keine Ausgabe mehr: [schlaglichter/newsletter](https://www.schlaglichter.de/newsletter)



MEHR IM WEB

Schlaglichter-Ausgaben online lesen: www.bmwk.de/schlaglichter

- 02 Editorial
- 04 Konjunkturschlaglicht
- 39 Impressum

Wirtschaftspolitik

- 07 Jahreswirtschaftsbericht 2023: Wohlstand erneuern
- 14 Aufgedreht: BMWK stärkt Forschung für die Wärmewende
- 17 Mittelstand-Digital Zentren – Neuausrichtung des Netzwerks
- 21 Industriekonferenz 2022: Industriepolitik in Zeiten globaler Herausforderungen
- 23 Online-Klimaschutzberatung erlangt besondere Bedeutung in der Energiekrise
- 26 Termine

Konjunktur

- 28 Die wirtschaftliche Lage im Januar 2023
- 34 BIP Nowcast für das vierte Quartal 2022 und erste Quartal 2023
- 36 Monetäre Entwicklung

KONJUNKTURSCHLAGLICHT

Januar 2023

Die deutsche Wirtschaft hat sich im letzten Jahr widerstandsfähiger als erwartet erwiesen und ist real um 1,9 % gewachsen.



Gesamtwirtschaft



In diesem Winterhalbjahr ist mit einer wirtschaftlichen Abschwächung zu rechnen. Laut den letzten Umfragen des ifo Instituts schauen fast alle Branchen zuversichtlicher auf die kommenden Monate als zuvor.



Außenwirtschaft



Der Wert aller Einfuhren von Waren hat sich zuletzt deutlich verringert, was vor allem auf rückläufige Preise für die importierte Energie zurückzuführen sein dürfte. Der Wert aller Ausfuhren von Waren blieb indes nahezu unverändert, auch weil die Ausfuhrpreise nur leicht nachgaben.

LEGENDE

- Indikatoren in einem Teilbereich wachsen mehrheitlich überdurchschnittlich
- Indikatoren in einem Teilbereich entwickeln sich durchschnittlich bzw. gemischt
- Indikatoren in einem Teilbereich gehen mehrheitlich zurück

Nähere Informationen in Jung et al. (2019): „Das neue Konjunkturschlaglicht: Was steckt hinter den Pfeilen?“, Schlaglichter der Wirtschaftspolitik 01/2020



Produktion

INDUSTRIEPRODUKTION UND AUFTRAGS-EINGANG IM VERARBEITENDEN GEWERBE

Monate, Volumenindex 2015 = 100, kalender- und saisonbereinigt



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

Die Industrieproduktion stabilisierte sich im November nach einem schwachen Start ins vierte Quartal. Der Ausblick auf die Industriekonjunktur im ersten Quartal bleibt aber angesichts der zuletzt schwachen Nachfrage und einer sich abkühlenden Weltwirtschaft verhalten.



Privater Konsum

EINZELHANDEL OHNE KFZ

Monate, Volumenindex 2015 = 100, kalender- und saisonbereinigt



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

Die Umsätze haben sich im Einzelhandel wieder etwas erholt. Die Stimmung unter den Verbraucherinnen und Verbrauchern dürfte sich angesichts moderaterer Energiepreise und der Entlastungspakete der Bundesregierung zum Jahresende ebenfalls weiter stabilisieren. Allerdings dämpfen die weiterhin hohen Inflationsraten die realen Einkommen und den Verbrauch.



Arbeitsmarkt

Die Lage am Arbeitsmarkt erweist sich weiterhin als widerstandsfähig. Die Arbeitslosigkeit ging im Dezember erstmals seit sieben Monaten wieder zurück und die Erwerbstätigkeit nahm im November kräftig zu. Die Kurzarbeit dürfte zwar weiter steigen, aber im Vergleich zur Corona-Pandemie auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau bleiben. Die Zahl der gemeldeten offenen Stellen erreichte im Jahr 2022 einen Höchststand.

ERWERBSTÄTIGE (INLAND)

Monate, saisonbereinigt, absolut (in 1.000), Veränderung zum Vormonat



Quelle: Statistisches Bundesamt (StBA)

WW



WIRTSCHAFTSPOLITIK



Jahreswirtschaftsbericht 2023: Wohlstand erneuern



Am 25. Januar 2023 hat das Bundeskabinett den Jahreswirtschaftsbericht 2023 beschlossen. Mit dem Jahreswirtschaftsbericht, der im Januar jedes Jahres vorgelegt wird, stellt die Bundesregierung ihre wirtschafts- und finanzpolitischen Schwerpunkte und ihre Konjunkturprognose für das laufende Jahr vor und nimmt zum Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Stellung.

Der Jahreswirtschaftsbericht 2023 zeigt: Die deutsche Wirtschaft hat sich – wie schon in der Corona-Krise – als sehr anpassungs- und widerstandsfähig erwiesen. Deutschland ist auch dank der staatlichen Entlastungs- und Unterstützungsmaßnahmen bislang gut durch die wirtschaftliche Krise infolge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine gekommen. Im vergangenen Jahr ist die Wirtschaft sogar um 1,9 Prozent gewachsen. Auch der Ausblick auf das laufende Jahr ist mit einem erwarteten Wachstum von 0,2 Prozent besser als noch in der Herbstprojektion erwartet. Darauf gilt es aufzubauen.

Das Jahr 2023 soll ein Jahr des Aufbruchs in Richtung einer Sozial-ökologischen Marktwirtschaft werden – in Richtung eines Wohlstandes, der ökologisch nachhaltig, gerechter verteilt und mit Blick auf die geopolitischen Herausforderungen resilienter ist. Im Fokus des diesjährigen Jahreswirtschaftsberichts steht, wie die Bundesregierung die wirtschaftliche Transformation gestalten und damit den Wohlstand erneuern will.

BUNDESREGIERUNG ERWARTET WIRTSCHAFTLICHE STABILISIERUNG UND SINKENDE INFLATION

Die Bundesregierung geht in ihrer Jahresprojektion davon aus, dass sich nach einem schwachen Winterhalbjahr die wirtschaftliche Dynamik im Jahresverlauf 2023 infolge einer weiter stabilen Versorgungslage mit Energie, der Wirkung der umfangreichen staatlichen Stützungsmaßnahmen und der erwarteten weltwirtschaftlichen Erholung wieder etwas belebt. Im Gesamtjahr dürfte das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 0,2 Prozent zulegen.

Der private Konsum dürfte sich nach einem kaufkraftbedingt schwachen Start in das Jahr 2023 zwar beleben, aufgrund der noch hohen Inflation im Jahresdurchschnitt aber preisbereinigt um 0,2 Prozent unter dem Vorjahr liegen (nominal +5,3 %). Die realen Investitionen dürften insgesamt im Jahresdurchschnitt 2023 nur stagnieren. Während die Ausrüstungsinvestitionen weiter expandieren (+3,3 %) dürfte der Bau infolge der gestiegenen Material- und Finanzierungskosten erneut rückläufig sein (-2,8 %). Im Außenhandel werden die realen Exporte zunächst noch von der weltwirtschaftlichen Schwäche belastet und erst im weiteren Jahresverlauf an Dynamik gewinnen (+2,2 %). Die realen Importe (+1,6 %) spiegeln die schwache Binnennachfrage (-0,2 %) wider. Der Wachstumsimpuls des Außenbeitrags dürfte damit einen knappen halben Prozentpunkt (+0,4) stärker ausfallen als im Vorjahr.



AUSGEWÄHLTE ECKWERTE DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND¹

	2021	2022	Jahresprojektion 2023
Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent, soweit nicht anders angegeben			
ENTSTEHUNG des Bruttoinlandsprodukts (BIP)			
BIP (preisbereinigt)	2,6	1,9	0,2
Erwerbstätige (im Inland)	0,1	1,3	0,3
Arbeitslosenquote in Prozent (Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit – BA) ²	5,7	5,3	5,4
VERWENDUNG des BIP preisbereinigt (real)			
Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck	0,4	4,6	-0,2
Ausrüstungen	3,5	2,5	3,3
Bauten	0,0	-1,6	-2,8
Inlandsnachfrage	1,9	3,4	-0,2
Exporte	9,7	3,2	2,2
Importe	9,0	6,7	1,6
Außenbeitrag (Impuls) ³	0,8	-1,3	0,4
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer	3,3	4,3	5,2

¹ Bis 2022 Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes; Stand: Januar 2023.

² Bezogen auf alle Erwerbspersonen.

³ Absolute Veränderung der Vorräte bzw. des Außenbeitrags in Prozent des BIP des Vorjahres (= Beitrag zur Zuwachsrate des BIP).

3 FRAGEN AN



Dr. Elga Bartsch

Abteilungsleiterin Wirtschaftspolitik im BMWK

Wie hat die deutsche Wirtschaft die gestiegenen Energiepreise verkraftet?

Natürlich sind die gestiegenen Energiepreise nicht ohne Folgen geblieben, aber die deutsche Wirtschaft hat sich – wie schon in der Corona-Krise – als sehr anpassungs- und widerstandsfähig erwiesen. Auch dank der Stabilisierungsmaßnahmen des Bundes wie den drei Entlastungspaketen, den Härtefallhilfen, dem Energiekostendämpfungsprogramm und den Energiepreisbremsen konnte eine Rezession wohl verhindert werden.

Werden wir uns auf dauerhaft höhere Preise einstellen müssen?

Der Höhepunkt der Inflation dürfte überschritten sein. Die Gaspreise sind seit dem Höchststand im letzten Herbst wieder deutlich gefallen; bei den Nahrungsmittelpreisen zeichnet sich Entspannung ab. Zudem zeigen die Energiepreisbremsen ihre Wirkung. Für das Jahr 2023 rechnen wir mit einem Anstieg der Verbraucherpreise um 6 Prozent, nach 7,9 Prozent im letzten Jahr. Richtig ist aber auch: Die Gas- und Strompreise werden nicht so bald auf das Vorkriegsniveau zurückkehren. Wichtig ist es jetzt, mit dem zügigen Ausbau erneuerbarer Energien die Basis für günstigen Strom zu verbreitern.

Welche Chancen und Risiken sehen Sie für dieses Jahr?

Der Krieg in der Ukraine mit seinen schrecklichen Folgen vor allem für die dortige Bevölkerung bleibt als zentraler Unsicherheitsfaktor leider weiter bestehen. Weitere Risikofaktoren für die Konjunktur sind erneute Preisanstiege bei Gas oder anderen Rohstoffen, inflationsdämpfende Maßnahmen der Zentralbanken oder ein nochmaliger Ausbruch der Corona-Pandemie mit negativen Folgen für die Weltwirtschaft. Andererseits könnten die Energiepreise dank erfolgreicher Einsparmaßnahmen und milder Witterung deutlicher als erwartet sinken, die weltwirtschaftliche Abschwächung weniger stark ausfallen als angenommen oder die geopolitischen Unsicherheiten nachlassen.

Der Arbeitsmarkt dürfte auch in diesem Jahr von einer Ausweitung der Arbeitsnachfrage und spürbaren Fachkräftengaps in vielen Bereichen geprägt sein. Die Bundesregierung geht von einer Zunahme der Erwerbstätigkeit um durchschnittlich 160.000 Personen aus. Die Arbeitslosigkeit dürfte am Jahresanfang geringfügig steigen, bevor es ab Frühjahr zu merklichen Rückgängen kommt. Im Jahresdurchschnitt 2023 steigt die Zahl der Arbeitslosen dennoch infolge eines statistischen Überhangs durch die Erfassung ukrainischer Geflüchteter in der Grundsicherung in der zweiten Jahreshälfte 2023 leicht an (+65.000).

Die Bundesregierung geht davon aus, dass die Inflation ihren Höhepunkt zum Jahresende 2022 überschritten hat, im weiteren Jahresverlauf ist mit einer nachlassenden Preisdynamik zu rechnen. Insgesamt wird ein jahresdurchschnittlicher Anstieg der Verbraucherpreise um 6,0 Prozent in diesem Jahr angenommen. Neben den inflationsdämpfenden Effekten der Gas-, Strom- und Wärmepreisbremsen schwächen auch abnehmende Lieferengpässe, rückläufige Rohstoff- und Energiepreise wie auch die Einführung des 49-Euro-Tickets, die Abschaffung der EEG-Umlage, die Absenkung der Mehrwertsteuer auf Gas und die Aussetzung der Anhebung des CO₂-Preises die Inflationsentwicklung ab.

DIE WEICHEN FÜR DIE SOZIAL-ÖKOLOGISCHE MARKTWIRTSCHAFT STELLEN

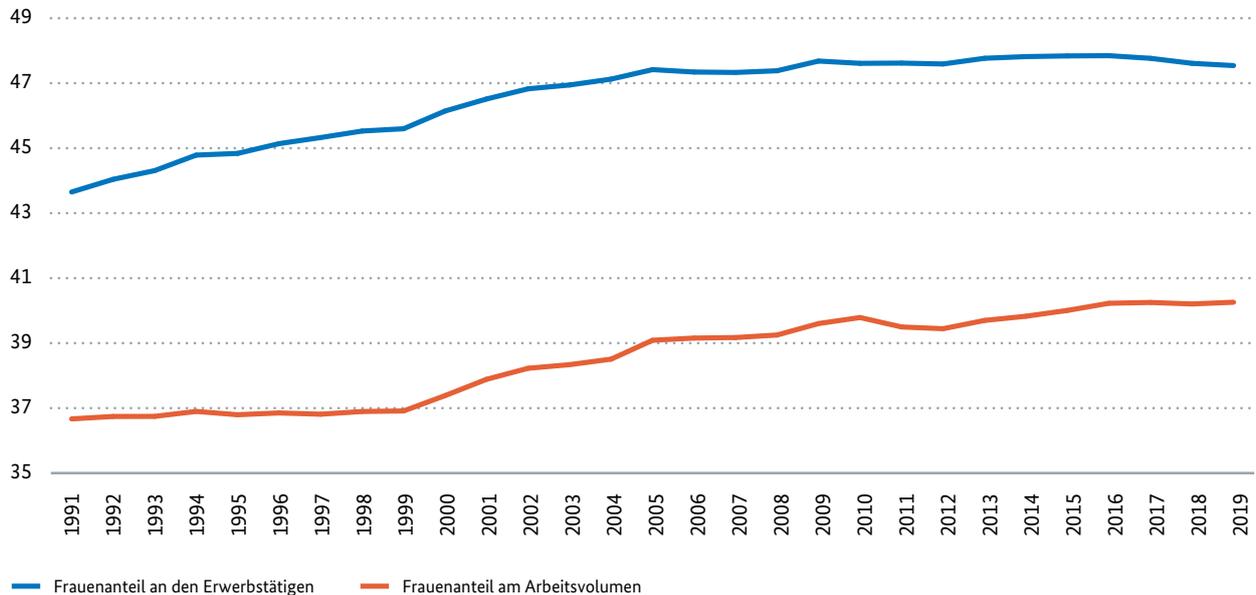
Die Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre stand angesichts der Folgen der Corona-Pandemie und des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine vor allem im Zeichen der kurzfristigen Krisenbewältigung. Deutschland steht aufgrund der Dekarbonisierung, des demografischen Wandels und der geopolitischen Veränderungen zugleich jedoch vor großen strukturellen Herausforderungen. Zur Bewältigung dieser Herausforderungen bedarf es in den kommenden Jahren erheblicher Kraftanstrengungen. Die Bundesregierung richtet den Fokus ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik daher verstärkt auf die mittlere und lange Frist aus. Dabei bekennt sich die Bundesregierung zum Leitbild einer Sozial-ökologischen Marktwirtschaft und stellt die Weichen für einen Wohlstand auf nachhaltiger Grundlage.

WOHLSTAND ERNEuern, ERMÖGLICHEN UND BEWAHREN

Um die genannten mittel- und langfristigen Herausforderungen zu bewältigen, gilt es, Deutschland – aber auch die EU – als Investitionsstandort im Einklang mit den Nachhaltigkeitszielen zu stärken und die Wettbewerbsfähigkeit von Industrie und Mittelstand zu erhalten. Um Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand zu erneuern, setzt die Bundesregierung auf eine transformative Angebotspolitik.



ABBILDUNG 1: FRAUENANTEIL AN ERWERBSTÄTIGEN UND AM ARBEITSVOLUMEN IN PROZENT



Quelle: Arbeitszeitrechnung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)

Die Bundesregierung arbeitet intensiv an einer Verbesserung der Rahmenbedingungen für Gründungen insbesondere innovativer Unternehmen und für weitere Innovationen bestehender Unternehmen. Hierfür hat die Bundesregierung sowohl eine Start-up- als auch eine Künstliche-Intelligenz-Strategie verabschiedet, um Kompetenzen auf diesen Feldern zu bündeln und Potenziale zu heben. In der Bundesregierung selbst wird im Zuge des Abbaus bürokratischer Hemmnisse an einer digitaleren und agileren Verwaltung gearbeitet. Weiterhin unterstützt die Bundesregierung eine resilientere und unabhängigere Mikroelektronik-Wertschöpfungskette innerhalb Europas und das Ziel, neben dem weiteren Aufbau innereuropäischer Kompetenzen die europäischen Fertigungskapazitäten auf 20 Prozent des Weltmarktanteils zu erhöhen.

Während sich der deutsche Arbeitsmarkt selbst in der gegenwärtigen Krise resilient zeigt und die Erwerbstätigkeit in 2022 ein Rekordniveau erreicht hat, bedroht ein zunehmender Fach- und Arbeitskräftemangel die Innovations- und Leistungsfähigkeit Deutschlands. Die Bundesregierung zielt daher mit ihrer Fachkräftestrategie auf die Sicherung und Erweiterung der Fachkräftebasis. Neben der Hebung inländischer Arbeitskräftepotenziale durch Anreize und verbesserte Rahmenbedingungen, durch die Entlastung Beschäftigter mittels technologischer Innovationen, durch gezielte und zeitgemäße Aus- und Weiterbildung und durch strukturelle Verbesserungen bei Betreuungs- und Bildungsangeboten gehört dazu auch eine moderne Einwanderungspolitik, verbunden mit einer Reduktion der Abwanderung.

Potenziale sieht die Bundesregierung u. a. bei der Erwerbstätigkeit von Frauen und in einem weniger ungleich verteilten Arbeitsangebot. Trotz eines starken Anstiegs der Erwerbstätigkeit in den vergangenen Jahrzehnten entfallen nur etwa 40 Prozent des Volumens der Erwerbsarbeit auf Frauen (siehe Abbildung 1); Hintergrund ist die auch im EU-Vergleich hohe Teilzeitquote.

Um die Tragfähigkeit öffentlicher Finanzen zu gewährleisten, plant die Bundesregierung trotz hoher Investitionen und der umfassenden Maßnahmen zur Krisenbewältigung, die Schuldenregel ab 2023 wieder einzuhalten. Dies sichert die Handlungsfähigkeit der Regierung, während gleichzeitig in Sondervermögen wie dem Klima- und Transformationsfonds oder dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds substantielle Mittel für Zukunftsinvestitionen, Krisenbewältigung oder die Stärkung des Verteidigungshaushalts zur Verfügung stehen.

Um die Grundlage für Evaluationen ihrer Wirtschaftspolitik zu verbessern, strebt die Bundesregierung die Gründung eines Dateninstituts an, welches Datensätze des Bundes effektiv verwaltet und als zentrale Anlaufstelle für Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Verwaltung fungiert. Interdisziplinäre Expertise und gebündelte Methodenkompetenz sollen Verfügbarkeit und Auswertungsmöglichkeiten vorhandener und künftiger Daten stark erweitern und evidenzbasierte Wirtschaftspolitik auf eine neue Ebene heben.



ENERGIEVERSORGUNG SICHERN, KLIMASCHUTZ VORANTREIBEN

Der völkerrechtswidrige russische Angriff auf die Ukraine stellt eine Zäsur nicht nur für den lange sicher geglaubten Frieden in Europa, sondern auch für die europäische Energieversorgung dar. Die infolge der russischen Aggression entstandene Verknappung von fossilen Energieträgern bestätigt energiepolitisch in Deutschland wie in ganz Europa die Notwendigkeit einer beschleunigten Transformation hin zu Treibhausgasneutralität und einer sicheren Energieversorgung auf Basis erneuerbarer Energien. Die Befreiung aus einer zu starken Abhängigkeit von einzelnen Lieferanten fossiler Energieträger zugunsten eines breit aufgestellten Netzes an Lieferbeziehungen für zunehmend erneuerbare Energieformen bildet dabei ein zentrales Element.

Erneuerbare Energien sind nicht nur von größter Bedeutung für die künftige Energie- bzw. Versorgungssicherheit. Sie sind auch elementare Voraussetzung, um den ambitionierten Klimaschutzplan der Bundesregierung einzuhalten. Diese hat im vergangenen Jahr die Voraussetzungen für einen beschleunigten Ausbau deutlich verbessert, z. B. durch verbindliche Flächenzuweisungen, eine Straffung der Planungs- und Genehmigungsverfahren oder eine Verbesserung der steuerlichen Förderung. Für eine reibungslose Integration neuer Energieerzeugungskapazitäten ist weiterhin ein beschleunigter Netzausbau vonnöten, den die Bundesregierung ebenfalls aktiv vorantreibt.

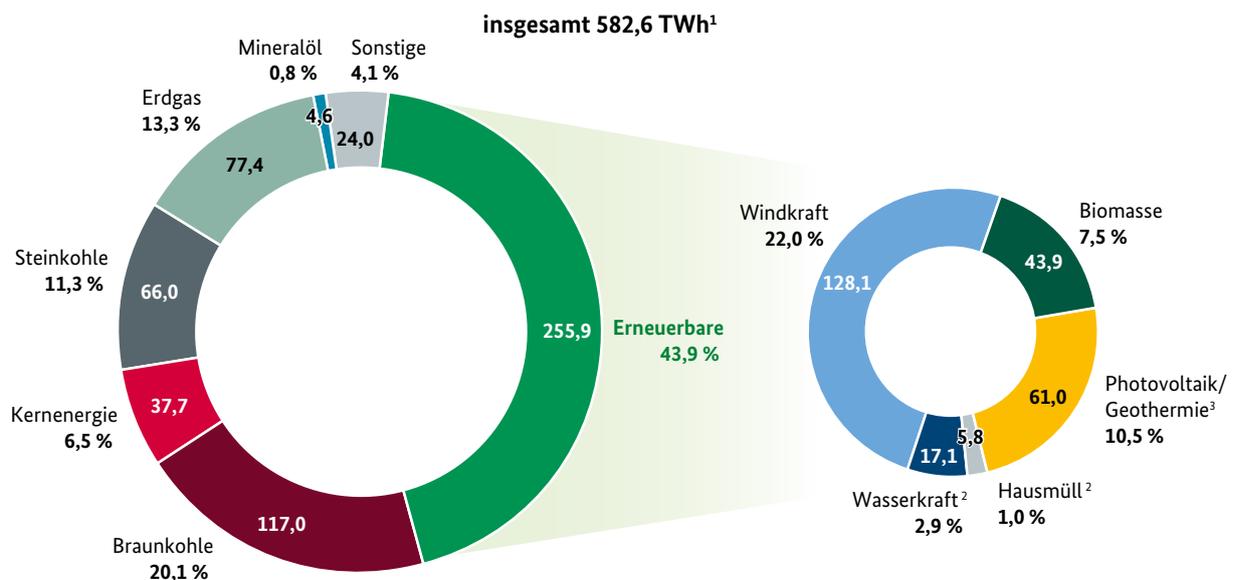
Im Jahr 2022 betrug der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung in Deutschland knapp 44 Prozent (siehe Abbildung 2). Der Treibhausgasausstoß in Deutschland wurde zwischen 2010 und 2021 von 930 auf 759 Millionen Tonnen reduziert; bis 2030 soll gemäß dem im Sommer 2021 novellierten Klimaschutzgesetz eine weitere Reduktion auf 438 Millionen Tonnen erreicht werden (siehe Abbildung 3). Dies erfordert fast eine Verdreifachung der bisherigen Geschwindigkeit der Emissionsminderung.

BELASTUNGEN ABFEDERN, MATERIELLE UND SOZIALE TEILHABE SICHERN

Eine zukunftsgerichtete Wirtschaftspolitik nimmt auch den sozialen Zusammenhalt in den Blick. Die Bundesregierung setzt sich für gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland ein und entwickelt ihr regionalpolitisches Instrumentarium weiter. Auf die Inflationsdynamik reagiert sie unter anderem mit einem verstärkten Engagement für mehr bezahlbaren Wohnraum sowie für eine ausgeweitete Verfügbarkeit (öffentlicher) Mobilitätsdienstleistungen. Darüber hinaus federt die Bundesregierung Belastungen für Bürgerinnen und Bürger in der aktuellen Krise ab und setzt auf materielle Teilhabe. Dazu tragen insbesondere die drei Entlastungspakete mit einem Volumen von insgesamt über 95 Millionen Euro bei.



ABBILDUNG 2: STROMERZEUGUNG IN DEUTSCHLAND 2022

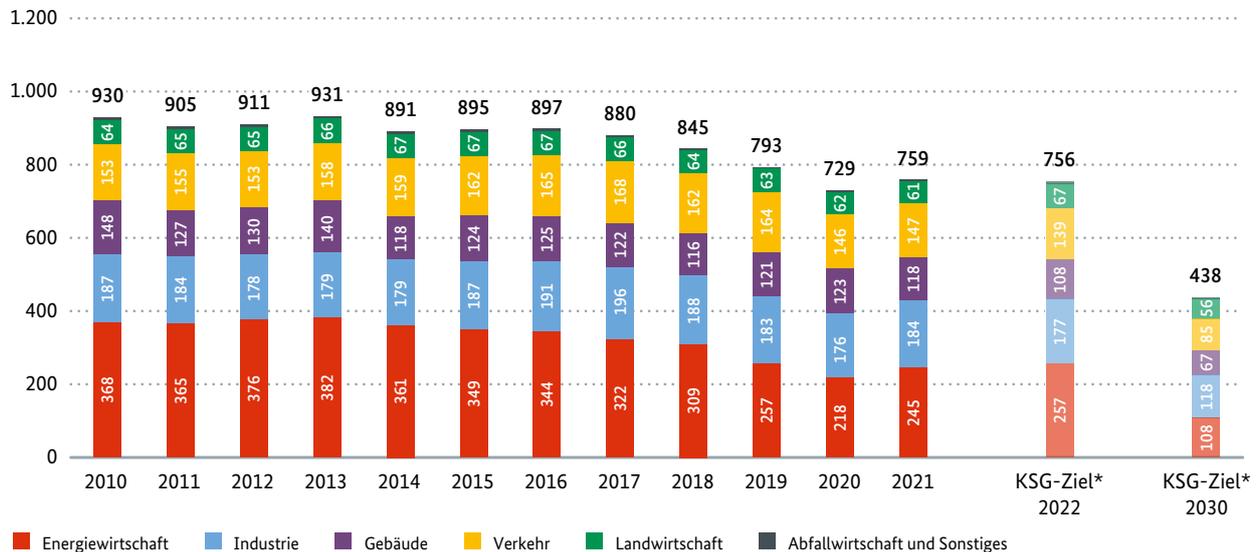


1 vorläufig

2 regenerativer Anteil

3 Geothermie aufgrund der geringen Menge (0,3 TWh; <0,1%) in Photovoltaik (PV)

Quelle: AG Energiebilanzen, Stand: Dezember 2022

ABBILDUNG 3: TREIBHAUSGASEMISSIONEN IN DEUTSCHLAND (NACH SEKTOREN)Mio. t CO₂-Äquivalente

Die Aufteilung der Emissionen weicht von der UN-Berichterstattung ab, die Gesamtemissionen sind identisch.

* Entsprechend der Novelle des Bundes-KSG vom 12.05.2021, Jahre 2022 – 2030 angepasst an Über- & Unterschreitungen.

Quelle: Umweltbundesamt, Januar 2023

Bei Personen, die sich am unteren Rand der Einkommensverteilung befinden, sind die Auswirkungen der hohen Inflation besonders spürbar, da Güter des täglichen Bedarfs überproportional von Preissteigerungen betroffen sind. Die Bundesregierung hat daher eine Vielzahl an Maßnahmen beschlossen, um die Wohlfahrtsverluste für besonders betroffene Bürgerinnen und Bürger abzumildern und die Kaufkraft weitestgehend zu erhalten.

Die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro führt über die Inflation hinaus zu einem realen Zugewinn für Mindestlohnbeschäftigte und betrifft mit 22 Prozent in ostdeutschen Ländern und 16 Prozent in westdeutschen Ländern substantielle Anteile der Beschäftigten insgesamt. Es sind weiterhin positive Effekte auf die Lohnungleichheit und auf den Anreiz einer Beschäftigungsaufnahme zu erwarten. Dieser Anreiz wird durch weitere Maßnahmen im Rahmen des neuen Bürgergelds unterstützt. Neben einer deutlichen Erhöhung des Regelbedarfs, zum Beispiel um knapp 12 Prozent bei alleinlebenden Erwachsenen, zielt das Bürgergeld vor allem darauf ab, die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt zu erleichtern und Qualifizierungsmöglichkeiten zu verbessern. Weiterhin unterstützt die Bundesregierung einkommensschwache Haushalte durch eine Ausweitung des Wohngelds, z. B. bei der Anzahl der Anspruchsberechtigten oder der Integration einer Heizkosten- und Klimakomponente.

Auch um in künftigen Krisen noch effizienter und flexibler vorgehen zu können, arbeitet die Bundesregierung an einem Auszahlungsmechanismus für differenzierte Direktzahlungen an Privathaushalte.

WOHLFAHRTSMESSUNG WEITERENTWICKELN, GESELLSCHAFTLICHEN FORTSCHRITT IN DEN BLICK NEHMEN

Für die individuelle und gesamtgesellschaftliche Wohlfahrt stellen materielle Aspekte und wirtschaftliche Rahmenbedingungen zweifelsohne eine wichtige, aber bei Weitem nicht die alleinige Voraussetzung dar. Vielmehr sind auch eine Vielzahl weiterer Einflussgrößen relevant, welche verschiedene Aspekte der Qualität wirtschaftlicher Entwicklung abbilden. Dazu zählen soziale Teilhabe und eine faire Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger am Wirtschaftsleben, eine resiliente und demokratische Gesellschaft gerade auch in Krisenzeiten, intakte Ökosysteme und Treibhausgasneutralität zum Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen – heute und für kommende Generationen –, eine dynamische Forschungs- und Entwicklungslandschaft, Innovationsstärke zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit sowie nachhaltige öffentliche Finanzen, damit der Staat auch in der Zukunft über Gestaltungsspielräume verfügt.



Um die genannten Einflussgrößen zu berücksichtigen und den Blick über den BIP-zentrierten Wachstumsgedanken hinaus zu weiten, enthält der Jahreswirtschaftsbericht 2023 zum zweiten Mal in Folge ein Sonderkapitel, welches verschiedene Dimensionen von Wohlfahrt abbildet und messbar macht. Insgesamt 34 ausgewählte Indikatoren fügen sich zu einem vielseitigen Gesamtbild und geben Auskunft über die Fortschritte Deutschlands auf dem Transformationspfad zu einer nachhaltigen, sozial und ökonomisch gerechten sowie innovativen Wirtschaft. Im Sinne einer evidenzbasierten Politik kann der Weg zu einer Sozial-ökologischen Marktwirtschaft nur dann zielgerichtet gestaltet werden, wenn eine solide und aussagekräftige Datenbasis vorliegt, die auch das Gemeinwohl sowie die Wohlfahrt des Einzelnen berücksichtigt.

Die im Sonderkapitel grafisch und textlich beschriebenen Indikatoren ergänzen in diesem Sinne die Ausführungen im Hauptteil des Jahreswirtschaftsberichts. Sie behandeln „Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Grundbedürfnisse“, „Soziale Gerechtigkeit und Teilhabe“, „Zukunftsfähigkeit von Staat und Wirtschaft“ sowie „Ökologische Grenzen“.

Im Rahmen der angestrebten kontinuierlichen Überprüfung und Verbesserung der Wohlfahrtsmessung soll in diesem Jahr auch ein Konsultationsprozess stattfinden, um Erkenntnisse daraus für die Indikatorenauswahl der nächsten Jahre aufzugreifen. —

KONTAKT & MEHR ZUM THEMA

Sven Bergschmidt, Benedikt Langner und Dr. Johannes Vatter
Referat: Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik

Stephan Heine
Referat: Bund-Länder-Kooperation zu Klimaschutz und Energiewende, Information und Dialog

Dr. Christian Wittneben
Referat: Beobachtung, Analyse und Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Jost Bässler, Dr. Sibylle Grabert und Dr. Holger Lüthen
Referat: Wirtschaftspolitische Analyse

schlaglichter@bmwk.bund.de

Jahreswirtschaftsbericht 2023 der Bundesregierung:
<https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Wirtschaft/jahreswirtschaftsbericht-2023.html>

Pressemitteilung des BMWK:
<https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2023/01/20230125-jahreswirtschaftsbericht-2023-wohlstand-erneuern.html>

Vorstellung des Jahreswirtschaftsberichts in der
Bundespressekonferenz:
<https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Livestream/2023/01/230125-pk/videostream.html>



Aufgedreht: BMWK stärkt Forschung für die Wärmewende

Die Energieforschung hat bereits wichtige Innovationen hervorgebracht, die Deutschland unabhängiger von fossilen Brennstoffen und nachhaltiger machen sollen. Mit einer neuen Schwerpunktsetzung im Forschungsbereich der klimaneutralen Wärme und Kälte sowie einem entsprechenden Förderaufruf will das BMWK die Wärmeforschung nun weiter stärken und ihre Ergebnisse schneller in die Anwendung bringen. Dies ist neben der Notwendigkeit einer beschleunigten Energiewende auch mit Blick auf neue Herausforderungen bei der Versorgungssicherheit und der Bezahlbarkeit von Energie gegeben.

NEUE SCHWERPUNKTSETZUNG IN DER ENERGIEFORSCHUNG

Im Sommer surrt die Klimaanlage, im Winter klopft die Heizung: Beim Wärme- und Kälteverbrauch denken wir oft an unsere Wohnung oder eine warme Dusche – seltener an den Wärmebedarf von Handel, Gewerbe oder Industrie. Doch alle brauchen Wärme, sie macht 58 Prozent des

deutschen Energieverbrauchs aus. Etwa die Hälfte entfällt dabei auf die sogenannte Raumwärme. Prozesswärme, welche vor allem die Industrie benötigt, macht etwas über ein Drittel des Wärmebedarfs aus. Der Rest entfällt auf Warmwasser und Kälte. Erneuerbare Energien bedienen dabei nur 16,5 Prozent dieses Energieverbrauchs (siehe [AGEE-Stat](#)). Der weitaus überwiegende Teil erneuerbar erzeugter Wärme und Kälte wird in Deutschland derzeit aus Bioenergie hergestellt, insbesondere aus Festbrennstoffen wie Holz, Pellets, Holzkohle und biogenen Abfällen, die teilweise auch nicht klimaneutral sind. Der Großteil der Wärme- und Kälteversorgung kommt heutzutage jedoch noch aus fossilen Energieträgern wie Gas, Öl und Braunkohle.

Die Bundesregierung will den Anteil klimaneutraler Wärme und Kälte zügig und deutlich erhöhen. Grundlagen dafür legt die Energieforschung schon heute. Darüber hinaus muss die Branche neue Technologien entwickeln, bestehende Verfahren effizienter machen, Fertigungen aufbauen, niedrigere Kosten erreichen und Abhängigkeiten verringern. Um das zu beschleunigen

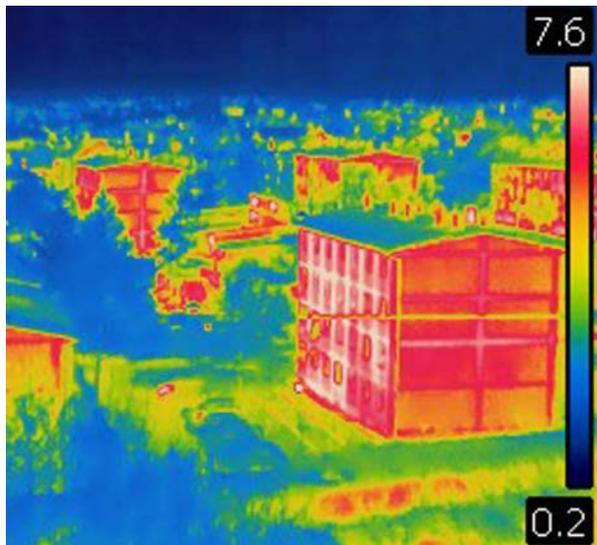


nigen, hat das BMWK im Oktober 2022 einen Förderaufruf für Forschungsprojekte zu klimaneutraler Wärme und Kälte veröffentlicht. Projektideen dazu können noch bis Ende Februar eingereicht werden.

Der Förderaufruf signalisiert die strategische Neuausrichtung und Stärkung der Wärmeforschung. Dieser Schwerpunkt wird bei der anstehenden Fortschreibung des Energieforschungsprogramms weiterentwickelt. Das 8. Energieforschungsprogramm wird sich insgesamt fokussierter auf die Beschleunigung der Energiewende ausrichten. Die Beiträge der Energieforschung werden für die zügige Transformation zu einem klimaneutralen und resilienten Energiesystem benötigt, da noch nicht alle erforderlichen Technologien vorhanden oder für alle Anwendungsbereiche erforscht sind. Das neue Programm wird missionsorientiert und selbstlernend ausgestaltet, damit Forschungsergebnisse schneller zu technologischer Reife und in die Praxis kommen. In diesem Sinne ist die Forschungsinitiative zur klimaneutralen Wärme und Kälte Vorläufer, denn sie setzt Prioritäten, um durch fokussierte Neuentwicklung und Verbesserung von klimafreundlichen Technologien die Transformation zu einer nachhaltigen, effizienten und sicheren Wärmeversorgung zu beschleunigen.

TECHNOLOGIEN ZUSAMMENDENKEN: VON DER WÄRMEPUMPE UND GEBÄUDESANIERUNG ...

Ein schneller Weg zur Erhöhung des Anteils klimaneutraler Wärme und Kälte liegt in der konsequenten Nutzung und Verbesserung bereits bekannter Technologien. Eine dieser Technologien, die es weiterzuentwickeln gilt, ist die Wärmepumpe. Sie nimmt die Wärme aus Luft, Wasser, Erdreich oder Sonne auf und bringt diese mit Strom auf das gewünschte Temperaturniveau. Insbesondere in Kombination mit Flächenheizungen und erneuerbar erzeugtem



Strom sind beträchtliche CO₂-Einsparungen möglich. Forschungsbedarf sieht das BMWK dabei unter anderem bei der automatisierten Produktion und intelligenten Systemintegration, der Verwendung alternativer Materialien und Kältemittel sowie bei Groß- und Hochtemperaturwärmepumpen, die der Förderaufruf ebenfalls anspricht.

Im Gebäudebereich sowie bei Wärmenetzen und Speichern sind darüber hinaus auch neue Technologien gefragt, beispielsweise zur intelligenten Regelung. Die verschiedenen technischen Lösungen zur Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Wärme und Kälte müssen dabei systemisch zusammengedacht und -gebracht werden. Bei Bestandsgebäuden bieten Sanierungen ein hohes Einsparpotenzial, wobei neue Sanierungskonzepte dem Fachkräftemangel begegnen könnten. Die Reduktion der „grauen Energie“ der Werkstoffe, also der Emissionen in den vorgelagerten Prozessen, ist ein weiterer wichtiger Schwerpunkt. Niedertemperaturnetze können zudem im Zusammenspiel mit Wärmepumpen unterschiedliche Wärmebedarfe von Gebäuden effizient bedienen. Weiterhin können Großwärmepumpen die Dekarbonisierung der Fernwärmenetze unterstützen.

... ZU INDUSTRIELLER PROZESSWÄRME UND WÄRMENETZEN

In der Industrie ist Prozesswärme für einen großen Teil der CO₂-Emissionen verantwortlich. Während für niedrige Temperaturniveaus kostengünstige Standardlösungen denkbar sind, machen höhere Prozesstemperaturen meist individuelle Ansätze erforderlich. Über ein Drittel der von deutschen Unternehmen eingesetzten Prozesswärme liegt bei über 1.000 °C, so beispielsweise in der Metallerzeugung oder der Zementherstellung. Biogene Brennstoffe sowie zukünftig Wasserstoff oder daraus hergestellte synthetische Brennstoffe könnten diese Prozesse klimaneutral machen. Die Absenkung von Prozesstemperaturen ist ebenfalls ein Forschungsziel. Neue Produktionsprozesse, die Einbindung von Großwärmepumpen und eine darüber hinausgehende Elektrifizierung sind weitere Ansätze. Und schließlich soll die dabei entstehende (Ab-)Wärme auch für andere Anwendungen (z. B. in Wärmenetzen) weiter genutzt werden. Gerade im Bereich der niedrigen Abwärmepemperaturen und Wärmekaskaden gibt es große Potenziale für heimische, klimafreundliche Energie.

Ob für private Haushalte oder die Industrie – Wärmenetze werden künftig eine noch wichtigere Rolle spielen. Um sie in Zukunft klimaneutral zu betreiben, müssen mehrere Technologien zur Wärmeerzeugung und -speicherung in die Wärmenetze integriert werden. Dabei liegt die Herausforderung darin, die netzgebundene Wärmeversorgung unabhängig vom teils fluktuierenden Angebot erneuerbarer Energien bereitzustellen. Überschüssiger Strom lässt sich dafür beispielsweise



als Wärme oder Kälte nutzen und speichern. Daher stehen thermische Speicher auch im Fokus des Förderaufrufs, denn ohne sie ist eine vollständig regenerative und grundlastfähige Wärme- und Kälteversorgung nach aktuellem Stand nicht möglich. Die Geothermie ist in diesem Zusammenhang nicht nur als grundlastfähige Wärmequelle von Bedeutung, sondern kann mithilfe der großen unterirdischen Speichervolumina potenziell ebenfalls einen systemischen Beitrag zur saisonalen Langzeitspeicherung leisten. Dies kann zukünftig die erneuerbare Wärmeversorgung in der kalten Jahreszeit unterstützen und somit die Stromnetze entlasten.

DEMONSTRATION UND SCHNELLE UMSETZUNG DER FORSCHUNGSERGEBNISSE

Dank der Energieforschung sind vielfältige technologische Lösungen und das entsprechende Knowhow in vielen Bereichen bereits vorhanden. Darüber hinaus zeigen validierte Modelle und Szenarioanalysen Wirkungen der technologischen Lösungsansätze auf das Energiesystem und mögliche Handlungsoptionen auf. Jedoch sind Investitionen in Wärmeerzeuger und -infrastrukturen – insbesondere für Industrie und Wärmenetze – mit langen Nutzungsdauern und hohen Kosten verbunden, wobei große Anforderungen an die Zuverlässigkeit der Technik bestehen. Daher benötigt die Branche den wissenschaftlich abgesicherten Funktionsnachweis durch großskalige Demonstrationsprojekte, die Vertrauen und Erfahrungswissen für die neue Technik aufbauen, wie zum Beispiel die Reallabore der Energiewende.

Die Erprobung des systemischen Zusammenwirkens der Einzeltechnologien in Demonstrations- und Modellprojekten sowie die Energiesystemanalyse mit Blick auf den künftigen Wärmesektor sind wichtige Schwerpunkte der Wärmeforschung. Diese Ausrichtung ist notwendig, da die Transformation zum klimaneutralen Wärme- und Energiesystem die Beherrschung komplexer dynamischer Systeme mit multiplen, teils volatilen Ein- und Auskopplungen von Wärme und Kälte, Elektrizität und Stoffströmen erfordert.

Dies umfasst auch entsprechende Planungstools, u. a. im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung.

Erfolgreiche Innovationen im Wärmesektor bedingen zudem den Transfer der entwickelten Lösungen in die Gesellschaft, ins Handwerk, in die Unternehmen, in die Aus- und Weiterbildung von Fachkräften sowie in geeignete Geschäftsmodelle. Daher müssen systemische Forschungsansätze diese Aspekte interdisziplinär integrieren.

MIKROPROJEKTE: NIEDERSCHWELLIGER ZUGANG ZUR FORSCHUNGSFÖRDERUNG

Zur schnellen Umsetzung von Forschungsvorhaben soll künftig auch ein neues Förderformat beitragen: die sogenannten Mikroprojekte. Diese beschleunigen die Wärmenetze, indem sie Ergebnisse schneller verfügbar machen oder die Planung großformatiger Demonstrationsvorhaben absichern. Gefördert werden ebenfalls kurze Projekte, in denen kleine und mittlere Unternehmen die Marktreife neuer Technologien vorantreiben. Gerade Start-ups bietet dieses Format ein niedrigschwelliges Förderangebot. Mit einem einstufigen Verfahren ist bei Mikroprojekten die Dauer zwischen Antragstellung und Projektstart kürzer, während Projektlaufzeiten auf maximal zwölf Monate begrenzt sind. —

KONTAKT & MEHR ZUM THEMA

Susanne Buscher

Referat: Energieforschung – Grundsatzfragen und Strategie
schlaglichter@bmwk.bund.de

Für Gebäude/Quartiere:

energieforschung.de, energiewendebauen.de

Für Industrie-Projekte: industrie-energieforschung.de

Für Netze und Speicher, Energiesystemanalyse:
energiesystem-forschung.de

Förderaufruf klimaneutrale Wärme und Kälte (Anträge bis zum 28.02.2023): <https://www.energieforschung.de/antragsteller/foerderangebote/foerderaufruf-klimaneutrale-waerme-und-kaelte>



Mittelstand-Digital Zentren – Neuausrichtung des Netzwerks

DIGITALE TRANSFORMATION: POTENZIAL UND HERAUSFORDERUNG FÜR KMU

Die digitale Transformation ist eine große Chance für die rund 3,5 Millionen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) und Handwerksbetriebe in Deutschland, stellt sie aber gleichzeitig auch vor große Herausforderungen. In vielen Betrieben gibt es erhebliche Potenziale für digitale Prozesse, neue, innovative Geschäftsmodelle oder zur Erschließung neuer Marktsegmente. Zahlreiche Studien zeigen jedoch, dass das Wissen über Chancen und Möglichkeiten der Digitalisierung im Mittelstand noch zu wenig genutzt wird (siehe u. a. Zimmermann, V./KfW (2022)). Kleinen und mittleren Unternehmen fehlt es häufig an Ressourcen und Know-how, um den digitalen Wandel neben dem laufenden Tagesgeschäft zu bewältigen. Hinzu kommen zusätzliche Herausforderungen aufgrund der Corona-Pandemie und des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine. Hierzu zählen zum Beispiel Unsicherheiten aufgrund von Lieferkettenengpässen und massiv gestiegene Preise für Rohstoffe und Energie. Darüber hinaus haben viele KMU Probleme, qualifiziertere Fachkräfte zu gewinnen.

Die Digitalisierung verbessert die Möglichkeiten kleinerer und mittlerer Unternehmen, nachhaltiger und wettbewerbsfähiger zu werden und so die Transformation der Wirtschaft mitzugestalten. Klimaschutz und die Endlichkeit von Ressourcen machen es inzwischen erforderlich, Nachhaltigkeit

bei allen wirtschaftlichen Aktivitäten im gesamten Prozess- und Produktzyklus mitzudenken.

FÖRDERSCHWERPUNKT MITTELSTAND-DIGITAL

Mit dem Förderschwerpunkt „Mittelstand-Digital“ unterstützt das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) insbesondere KMU und das Handwerk, aber auch Start-ups, bei einer ganzheitlichen und auf Nachhaltigkeit ausgerichteten digitalen Transformation. Mittelstand-Digital steht auf drei sich ergänzenden Säulen: dem „Netzwerk der Mittelstand-Digital Zentren“, das in diesem Artikel beleuchtet wird, der Initiative „IT-Sicherheit in der Wirtschaft“ und dem Investitionszuschussprogramm „Digital Jetzt – Investitionsförderung für KMU“.

NEUAUSRICHTUNG DES NETZWERKS DER MITTELSTAND-DIGITAL ZENTREN

Ziel des bundesweiten Netzwerks ist es, mittelständische Unternehmen zu unterstützen, sich mit Hilfe neuer digitaler Anwendungen und digitaler Technologien als „Unternehmen der Zukunft“ nachhaltig auf ökonomischer, ökologischer und sozialer Ebene aufzustellen. Im Fokus steht dabei die Sicht des Unternehmens, wie die Digitalisierung strategisch und wirtschaftlich genutzt werden kann. Mit dem Netzwerk sollen der Technologie- und Wissenstransfer in den Mittelstand beschleunigt werden.



FÖRDERSCHWERPUNKT MITTELSTAND-DIGITAL

Mittelstand-Digital unterstützt
kleine und mittlere Unternehmen sowie das
Handwerk bei der Digitalisierung und IT-Sicherheit –
mit Information, Qualifikation, Umsetzung und finanzieller Förderung



Anbieterneutrale und passgenaue Angebote zu allen Fragen der Digitalisierung
Bundesweites Expertennetzwerk
Demonstrationszentren
Good-Practice-Beispiele
KMU- und Wissensnetzwerke
KI-Trainer



Unterstützung von KMU und Handwerk bei der IT-Sicherheit
Transferstelle „IT-Sicherheit im Mittelstand“ (TISiM)
Handlungsleitfäden und Informationsmaterialien
Förderung von Projekten, die Unterstützungsleistungen zum sicheren Einsatz digitalisierter Prozesse erarbeiten



Zuschuss für Investitionen in digitale Technologien sowie in die Qualifizierung der Mitarbeitenden

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz ermöglicht die kostenfreie Nutzung aller Angebote von Mittelstand-Digital.

© BMWK

nigt, das Verständnis für die digitale Transformation in den Unternehmen verbessert und die Umsetzung von digitalen Anwendungen unterstützt werden. So sollen auch kleine und mittlere Unternehmen langfristig ihre Wettbewerbsfähigkeit sichern. Ausgangspunkt ist dabei immer der aktuelle digitale Reifegrad des jeweiligen Unternehmens.

Die Mittelstand-Digital Zentren bauen auf dem Netzwerk der Mittelstand 4.0-Kompetenzzentren auf, das das BMWK ab dem Jahr 2015 etabliert hat. Seit dem Jahr 2021 wird das Netzwerk neu ausgerichtet und weiterentwickelt. Eine zentrale Rolle spielt dabei die Erweiterung des Angebotskataloges um folgende Themen:

- ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit, wie zum Beispiel Energie- und Ressourceneffizienz,
- Kreislaufwirtschaft,
- Wirtschaftlichkeit und Resilienz,
- lebenslanges Lernen und Kompetenzaufbau im Unternehmen vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels,
- horizontale und vertikale Vernetzung und Partizipation in Wertschöpfungsketten.

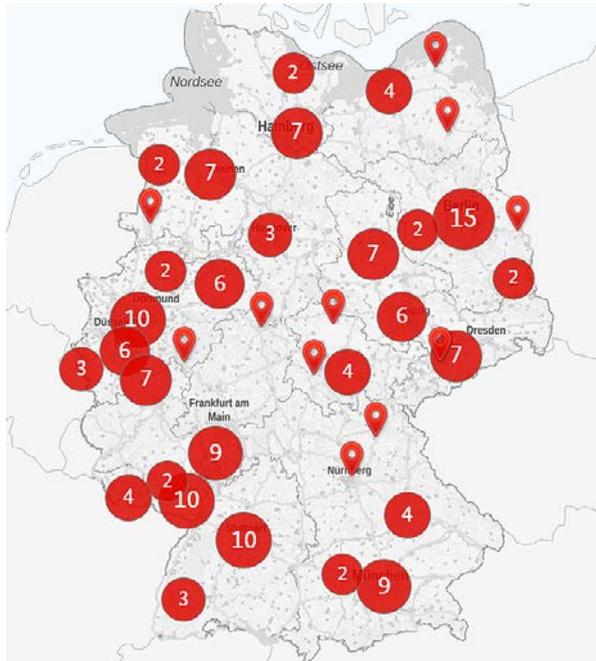


Die letzten sechs Mittelstand 4.0-Kompetenzzentren laufen sukzessive bis Mitte 2023 aus. Gleichzeitig waren Ende 2022 bereits 22 Mittelstand-Digital Zentren aktiv. Bis Mitte 2023 kommen weitere sieben Zentren hinzu. Der Großteil der Zentren ist regional ausgerichtet. Einige sind auf bestimmte Branchen wie beispielsweise das Handwerk, die Baubranche, den Handel oder die Textilbranche ausgerichtet; andere auf Themenschwerpunkte wie Benutzungsfreundlichkeit von digitalen Produkten und Prozessen (Zentrum Usability), digital vernetzte Produktion und Wertschöpfungsketten (Zentrum WertNetzWerke) oder die Unterstützung beim Aufbau einer zukunftsfähigen Unternehmenskultur (Zentrum Zukunftskultur). Das Thema Nachhaltigkeit spielt eine besondere Rolle: Seit Mitte 2022 wird es insbesondere vom Zentrum Klima.Neutral.Digital und vom Zentrum Leipzig-Halle adressiert. Das



Zentrum Klima.Neutral.Digital bildet sogenannte „Klima-Coaches“ aus. Diese begleiten Unternehmen auf dem Weg in die Klimaneutralität und bilden im Rahmen von Train-the-Trainer-Maßnahmen weitere Klima-Coaches insbesondere innerhalb des Netzwerks aus.

STANDORTE IM NETZWERK DER MITTELSTAND-DIGITAL ZENTREN



© BMWK

ORGANISATIONSTRUKTUR DER MITTELSTAND-DIGITAL ZENTREN

Die Mittelstand-Digital Zentren werden von Konsortien ohne Gewinnorientierung betrieben. Mitglieder der Konsortien sind im Wesentlichen Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Kammern, Verbände und Vereine sowie Wirtschaftsförderer. Die besondere Zusammensetzung der Konsortien und die vollständige Förderung der Mittelstand-Digital-Zentren durch das BMWK ermöglichen es, wissenschaftsbasierte, kostenfreie und auf KMU sowie Handwerksbetriebe zugeschnittene Angebote bereitzustellen. Diese können auch von Start-ups und Multiplikatoren, wie beispielsweise Kammern und Verbänden, genutzt werden.

Die einzelnen Zentren sind im Sinne eines One-Stop-Shop-Netzwerkes ansprechbar. Dies bedeutet, dass Unternehmen sich zunächst an ihr Zentrum vor Ort wenden können und von dort bei Bedarf an ein auf eine bestimmte Branche oder ein spezielles Thema ausgerichtetes Zentrum weitervermittelt werden.

ANGEBOTE DER MITTELSTAND-DIGITAL ZENTREN

Die Mittelstand-Digital Zentren entwickeln praxisorientierte und zielgruppengerechte Informations-, Demonstrations- und Unterstützungsangebote zu neuen digitalen Technologien und Anwendungen. Für Unternehmerinnen und Unternehmer bieten sie zielgruppengerechte Qualifikationsangebote zum Aufbau und zur Umsetzung von technologischen, organisatorischen und arbeitsgestaltenden Kompetenzen an. Diese reichen von klassischen Formaten wie Schulungen und Workshops über Selbstlernangebote wie Training on the Job oder Webinaren bis hin zu kooperativen Qualifikationsformaten im Sinne von „KMU lernen von KMU“, beispielsweise Konvoi-Workshops, Werkstatt-Gespräche oder Anwenderkreise.

Die Zentren bieten auch Unterstützung zum Thema Datenökonomie an. Damit helfen sie kleinen und mittleren Unternehmen, an der datengetriebenen Wirtschaft, der Nutzung von Plattformen oder an vernetzten Wertschöpfungsökosystemen zu partizipieren.

Die Zentren beobachten laufend aktuelle Entwicklungen in Wissenschaft und Wirtschaft. Bei Bedarf greifen sie Themen auf und entwickeln neue Angebote. Aktuell sind dies vor allem Unterstützungsangebote zur Krisenbewältigung. Die neuen Angebote werden dem gesamten Netzwerk im Sinne des Wissenstransfers zur Verfügung gestellt. Individualberatung einzelner KMU ist allerdings nicht Aufgabe der Mittelstand-Digital Zentren. Hierfür bietet das BMWK das Förderprogramm „go-digital“ an.

Während der Corona-Pandemie hat das Netzwerk schnelle Anpassungsfähigkeit gezeigt: Die Zentren haben kurzfristig Webinare zu Themen wie Home-Office, virtueller Arbeitsorganisation und Kundenkommunikation entwickelt. Mit interaktiven Online-Formaten bis hin zu virtuellen Besuchen in Demo-Fabriken konnten die Unternehmen und Betriebe so auch während der Pandemie erreicht werden. Trotz allmählicher Rückkehr zu Präsenzformaten behalten die Zentren diese Angebote auch künftig bei und entwickeln sie stetig weiter.

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ FÜR KMU

Von Künstlicher Intelligenz (KI) getriebene digitale Geschäftsmodelle werden in Zukunft einen immer größeren Stellenwert in der Wirtschaft einnehmen. Deshalb bieten die meisten Zentren seit Mitte 2019 das Programm „KI für KMU“ an, in dessen Rahmen KI-Trainer eingesetzt werden. Zu den wesentlichen Aufgaben der KI-Trainer gehört es, Mittelstand und Handwerk für die technologischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten der Künstlichen Intelligenz zu sensibilisieren, über Chancen und Herausforderungen zu informieren sowie Unternehmerinnen und Unternehmer

sowie Handwerkerinnen und Handwerker bei der Umsetzung konkreter KI-Anwendungen zu unterstützen. Relevante Anwendungsfelder sind beispielsweise Intelligente Assistenzsysteme, Industrielle Analyse (Smart-Data-Analysen) oder Intelligente Produkte und Services (AI-as-a-Service).

Im Rahmen von Train-the-Trainer-Maßnahmen werden auch Trainerinnen und Trainer anderer Zentren geschult und so flächendeckend Kompetenzen im Netzwerk von Mittelstand-Digital aufgebaut. Mittlerweile verfügt Mittelstand-Digital bundesweit über mehr als 50 KI-Trainerinnen und Trainer.

PRAXISBEISPIELE UND ZUKUNFTSPROJEKTE

Durch konkrete Anschauungs- und Erprobungsmöglichkeiten in Form von Demonstratoren sowie durch eine Vielzahl an Digitalisierungsprojekten der Zentren mit KMU als Good-Practice-Lösungen, zum Beispiel Optimierung der Tourenplanung im Handwerk oder KI-basierte Prozessüberwachung an Werkzeugmaschinen, werden KMU bei der digitalen Transformation unterstützt. Die Praxisbeispiele beziehen sich auf Themen, die für viele KMU bedeutsam sind, dienen dem gesamten Netzwerk als Anschauungsobjekte für den Wissenstransfer und werden auch über das Netzwerk hinaus in die Breite kommuniziert. Sie verdeutlichen den Mehrwert neuer digitaler Technologien und Anwendungen zu Themen wie Digitale Strategien, Organisation, Nachhaltigkeit, Wirtschaftlichkeit, Resilienz, Fachkräfte, horizontale und vertikale Vernetzung sowie die Einbettung in Wertschöpfungsketten. Ein umfassendes und vielfältiges Angebot an Informationsmaterial, Demonstratoren und Praxisbeispielen steht auch öffentlich auf der Website von Mittelstand-Digital zur Verfügung.

Um unternehmens-, branchen-, und regionalbezogene Potenziale zukunftsweisender digitaler Anwendungen und Technologien zu verdeutlichen, starten ab Mitte 2023 ausgewählte Zukunftsprojekte. Sie zeichnen sich durch eine gute Übertragbarkeit auf andere Branchen oder Regionen aus und sollen zum Nachahmen animieren. Ziel der Projekte ist eine breite Signalwirkung in den Mittelstand.

VERNETZUNG DER KMU UNTEREINANDER

Um den Wissens- und Technologietransfer in die Breite zu tragen und verfügbares Wissen einer Vielzahl von Unternehmen zur Verfügung zu stellen, spielt das Prinzip „Unternehmen lernen von Unternehmen“ eine wichtige Rolle. Eine Aufgabe der Mittelstand-Digital Zentren ist deshalb auch die Vernetzung von Unternehmen untereinander. Die Kooperation und Kommunikation innerhalb des Netzwerks

sowie mit anderen Netzwerken trägt wesentlich dazu bei, die digitale Transformation des Mittelstandes flächendeckend voranzutreiben. Die Zentren sind deshalb auf vielen Veranstaltungen anderer Netzwerke vertreten. Zukünftig soll auch eine stärkere Vernetzung mit Start-up-Initiativen erfolgen. Dies sieht die Start-up-Strategie der Bundesregierung vor, die im Sommer 2022 verabschiedet wurde. Die Zusammenarbeit von KMU und Start-ups soll insbesondere den Transfer von Innovationen aus der Gründerszene in die etablierte Wirtschaft fördern.

FÖRDERUMFELD DES NETZWERKS

Die Mittelstand-Digital Zentren sind eng verzahnt mit den beiden anderen Säulen des Förderschwerpunkts: der Initiative „IT-Sicherheit in der Wirtschaft“ und dem Investitionszuschussprogramm „Digital Jetzt – Investitionsförderung für KMU“.

Zudem unterstützt die Europäische Union die digitale Transformation mit dem seit Oktober 2022 im Aufbau befindlichen europaweiten Netzwerk der European Digital Innovation Hubs (EDIHs). —

KONTAKT & MEHR ZUM THEMA

Sabine Döhmer
Referat: Mittelstand-Digital

schlaglichter@bmwk.bund.de

Förderschwerpunkt „Mittelstand Digital“:
<https://www.mittelstand-digital.de/MD/Navigation/DE/Home/home.html>

Förderbekanntmachung für ein bundesweites „Netzwerk Mittelstand-Digital“
https://www.mittelstand-digital.de/MD/Redaktion/DE/PDF-Anlagen/foerderbekanntmachung-m-d.pdf?__blob=publicationFile&v=2

Start-up-Strategie der Bundesregierung:
<https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Dossier/Digitalisierung/start-up-strategie.html>

European Digital Innovation Hubs:
<https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Schlaglichter-der-Wirtschaftspolitik/2022/12/09-kurz-und-knapp-1.html>

Literaturverzeichnis:

Zimmermann, V. (2022). Vielfältige Hemmnisse bremsen die Digitalisierung im Mittelstand. KfW Research Fokus Volkswirtschaft, Nr. 380.
https://www.kfw.de/%C3%9Cber-die-KfW/Newsroom/Aktuelles/News-Details_706560.html



Industriekonferenz 2022: Industriepolitik in Zeiten globaler Herausforderungen

Am 29. November 2022 fand auf Einladung von Bundeswirtschafts- und Klimaschutzminister Dr. Robert Habeck und im Beisein des EU-Binnenmarktkommissars Thierry Breton die Industriekonferenz des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) in Zusammenarbeit mit dem Bündnis „Zukunft der Industrie“ statt. Die Konferenz stieß auf reges Interesse bei Unternehmen, Verbänden, Gewerkschaften und der Wissenschaft. Neben den rund 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern vor Ort waren der Konferenz insgesamt rund 3.500 Personen über die sozialen Netzwerke zugeschaltet, um über die aktuellen Herausforderungen und die erforderlichen politischen Rahmenbedingungen für die deutsche Industrie zu diskutieren. Bei der Industriekonferenz 2022 wurde die Bedeutung der industriellen Wertschöpfung für den Wohlstand in Deutschland nachdrücklich gewürdigt.

HABECK: MASSNAHMEN FÜR EINE ERFOLGREICHE TRANSFORMATION

Bundesminister Habeck rief dazu auf, die Herausforderungen anzunehmen, die sich infolge des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und der Corona-Pandemie ergeben haben. Die Innovationskraft der Industrie und die Entschlossenheit der Bundesregierung dürften nicht unterschätzt werden. Die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit und damit auch der Souveränität Europas und die Transformation hin zur Klimaneutralität würden mit schnellen und weitreichenden Entscheidungen vorangetrieben. Die Bundesregierung habe ihre Entschlusskraft in der durch den Krieg ausgelösten Energiekrise bewiesen, sehr rasch umfassende Entlastungspakete beschlossen und die Abhängigkeit von fossiler russischer Energie reduziert.

Für eine erfolgreiche industrielle Transformation formulierte Bundesminister Habeck ein Paket aus acht Maßnahmen. In der Plattform für Transformationstechnologien (Clean Tech Europe), die auf den Vorschlag Deutschlands ins Leben gerufen worden ist, müsse ein europäischer Rahmen geschaffen werden, der es ermögliche, die Produktion klimarelevanter Produkte schneller und besser zu unterstützen. Um den technologischen Vorsprung auszubauen, würden neue IPCEI-Projekte benötigt, d. h. wichtige Projekte von gemeinsamem europäischen Interesse (Important Projects of Common European Interest); für IPCEI-Projekte gelten spezifische Beihilfevorschriften für hochinnovative Vorhaben. Die EU müsse darüber hinaus schnellere Beihilfe- und Notifizierungsverfahren ermöglichen, damit Unternehmen im Wettbewerb insbesondere mit chinesischen und US-amerikani-





schen Unternehmen bestehen könnten. Eine nachhaltige und resiliente Produktion müsse in Europa stattfinden; auch die öffentliche Auftragsvergabe solle stärker auf die europäische Produktion abzielen. Darüber hinaus sei es notwendig, Superabschreibungen zu ermöglichen, Fachkräfte zu gewinnen sowie wertegeleitete Handelspartnerschaften weiter auszubauen. Bundesminister Habeck kündigte an, das Jahr 2023 werde im Zeichen der Industrie und der Industriepolitik stehen.

BRETON: FOKUS AUF STRATEGISCHEN TECHNOLOGIEN UND VERSORGUNG MIT KRITISCHEN ROHSTOFFEN

Der EU-Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen, Thierry Breton, betonte in seiner Keynote, dass man die Auswirkungen der hohen Energiepreise und des Inflation Reduction Act der USA sowie die grüne Transformation nur mit einer gemeinsamen und solidarischen europäischen Industriepolitik bewältigen könne. Für eine Industrie „Made in Europe“ müssten der Fokus auf strategischen Technologien wie Wasserstoff, Halbleitern

und Batterien sowie die Versorgung mit kritischen Rohstoffen gerichtet und die hierfür notwendigen rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen geschaffen werden.

TEILNEHMERINNEN UND TEILNEHMER DISKUTIERTEN HERAUSFORDERUNGEN UND CHANCEN

In der ersten Paneldiskussion diskutierten, neben Bundesminister Dr. Robert Habeck und EU-Binnenmarktkommissar Thierry Breton, Kerstin Andreae, Vorsitzende der Hauptgeschäftsführung des BDEW, Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall, sowie Prof. Dr. Siegfried Russwurm, Präsident des BDI, über die „Zukunft des Industriestandortes Deutschland und die Chancen und Herausforderungen der Transformation der Industrie“. Im zweiten Panel der Konferenz tauschten sich Dr. Franziska Brantner, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, Professorin Dr. Veronika Grimm, Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jochen Hanebeck, Vorstandsvorsitzender der Infineon Technologies AG, und Daniela Nowak, Vorsitzende des Betriebsrats VW AG, zur „Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Industrie“ aus. Im Vordergrund der jeweiligen Paneldiskussionen standen einerseits die Belastungen durch die hohen Energiepreise sowie andererseits die Chancen einer durch die Krise nochmals beschleunigten Transformation der deutschen Industrie.

Im Anschluss an die Paneldiskussionen stellten Dr. Karl Lichtblau, Geschäftsführer von IW Consult, und Prof. Dr. Wolfgang Schroeder, Wissenschaftszentrum Berlin, die Zwischenergebnisse der Studie „Transformationsstrategien für

besonders betroffene Regionen“ vor. Ein wesentlicher Befund der Studie ist, dass die große Heterogenität der Industrieregionen in Deutschland jeweils spezifischere Reaktionen und Förderungen erfordere.

PREISVERLEIHUNG FÜR HERAUSRAGENDE INITIATIVEN

Die Industriekonferenz 2022 endete mit der Verleihung der Preise für die „Ausgezeichnete Initiative des Jahres“ für regionale Industrieinitiativen durch die Laudatorin Dr. Franziska Brantner (Preis „Kommunikation“) und die Laudatoren Wolfgang Lemb von der IG Metall (Preis „Kooperation“) sowie Dr. Klaus Günther Deutsch vom BDI („Sonderpreis“): Der Preis für Kommunikation wurde an die Kunststoff-Initiative Bonn/Rhein-Sieg, vertreten durch Dr. Christine Lötters, verliehen. Den Preis für Kooperation nahmen Steffen Hertwig und Dr. Rudolf Luz für das Bündnis für Transformation Region Heilbronn-Franken/TRANSFORMOTIVE entgegen. Den Sonderpreis erhielt das Wasserstoffnetzwerk Nordostniedersachsen, vertreten durch Monika Scherf und Dr. Daniel Kipp.

KONTAKT & MEHR ZUM THEMA

Dirk von der Hude
Referat: Grundsatzfragen der Industriepolitik; Bündnis Zukunft der Industrie

schlaglichter@bmwk.bund.de

Aufzeichnung der Industriekonferenz:
<https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Videos/2022/11/221129-industriekonferenz/221129-industriekonferenz.html>

Rede von Bundesminister

Dr. Robert Habeck:
<https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Videos/2022/11/221129-pk-vor-industriekonferenz/221129-pk-ik.html>



Online-Klimaschutzberatung erlangt besondere Bedeutung in der Energiekrise

Über 30 Prozent des Energieverbrauchs in Deutschland entfallen auf den Gebäudesektor. Die durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine verursachte Energiekrise beeinträchtigt die Energieversorgung. Zudem haben die Naturkatastrophen im Jahr 2021 gezeigt, mit welcher Wucht der Klimawandel auch Deutschland trifft. Deshalb sollen unter anderem gemäß der aktuellen Novelle der EU-Energieeffizienzrichtlinie 24 Prozent des Energieverbrauchs bis zum Jahr 2030 eingespart werden. Diesen Herausforderungen zu begegnen ist nur möglich, wenn mittel- und langfristig die energetische Ertüchtigung des Gebäudebestands und der Umstieg auf erneuerbare Energien beim Heizen gelingen.

NUR GEMEINSAM ERREICHEN WIR DIE ENERGIEEINSPARZIELE

Allerdings wurden im Jahr 2021 mehr Gasheizungen als in den vergangenen 15 Jahren installiert und lediglich ein Prozent der Gebäude hat eine energetische Sanierung erfahren. Neben

einer entsprechenden Ausgestaltung des gesetzlichen Rahmens und der Förderpolitik sind auch die Energiespar- und Klimaschutzanstrengungen der privaten Haushalte und Unternehmen von Bedeutung. In diesem Zusammenhang fördert das BMWK die Beratungsoffensive „Online-Klimaschutzberatung für Deutschland“ mit Angeboten zum Energiesparen und Beiträgen für den Klimaschutz. Im Jahr 2022 wurden über eine Million Online-Beratungen vorwiegend in Privathaushalten durchgeführt, begleitet von einer Reichweite von drei Milliarden Sichtkontakten. Dadurch konnten Einsparungen von schätzungsweise über 1,9 Mio. Tonnen CO₂ realisiert werden. Dies entspricht ca. 1,5 Prozent der jährlichen CO₂-Emissionen im gesamten Gebäudebereich.

SENSIBILISIERUNG FÜR EINSPARPOTENZIALE IN ERSTEM SCHRITT NOTWENDIG

Das BMWK fördert seit 2022 die vom BMUV übernommene Online-Klimaschutzberatung. Mit dem Verbund-

vorhaben sollen vor allem private Haushalte, aber auch Unternehmen, Kommunen und Bildungseinrichtungen erreicht werden. Ziel ist es, über die Folgen des Klimawandels zu informieren und durch digitale Tools bei der Umsetzung wirksamer Klimaschutzmaßnahmen zu beraten und diese zu begleiten. Unterstützt wird die Beratungsoffensive von zahlreichen Multiplikatoren wie Kommunen, Expertinnen und Experten vor Ort, Verbänden und Vereinen, Forschungseinrichtungen sowie Medien und Verbraucherschutzinstitutionen.

Die Beratungs-Tools der Kampagne werden von der Klimaschutzorganisation co2online gGmbH betrieben. Wichtig ist dabei eine Ansprache und Sensibilisierung durch die Veröffentlichung bundesweiter Benchmarks, vor allem die online verfügbaren Angebote eines Heizspiegels und eines Stromspiegels. Dadurch können Verbraucherinnen und Verbraucher den eigenen Energieverbrauch sowie den energetischen Zustand ihres Gebäudes oder der Wohnung besser einschät-



zen. Der eigene Energieverbrauch wird in der Regel sparsamer eingeschätzt, als er wirklich ist; Einsparpotenziale werden kaum gesehen. Unabhängige Benchmarks helfen bei der Einschätzung des persönlichen Energieverbrauchs.

AKTIVE BEGLEITUNG BEI DER UMSETZUNG KONKRETER MASSNAHMEN

Doch zu wissen, wie vergleichsweise hoch oder niedrig der eigene Energieverbrauch einzuordnen ist, reicht allein nicht aus. Um dem im Klimaschutz wohlbekannten „Knowledge-Action-Gap“ zu begegnen, liegt ein Schwerpunkt der Online-Klimaschutzberatung auf der Empfehlung konkreter Energieeinspar- bzw. Klimaschutzmaßnahmen sowie der Begleitung der Verbraucherinnen und Verbraucher bei der Umsetzung dieser Maßnahmen. Hierfür stehen eine Reihe weiterer Tools zur Verfügung wie der „HeizCheck“, der „StromCheck“ oder der „ModernisierungsCheck“. So sollen mit konkreten und geprüften Handlungsempfehlungen Orientierung geboten und Hemmnisse abgebaut werden.

Konkret heißt das für Verbraucherinnen und Verbraucher, dass sie zunächst eine individuelle, neutrale und kostenlose Einschätzung zum eigenen Energieverbrauch sowie darauf aufbauend eine Beratung zu wirksamen Klimaschutzmaßnahmen

im Gebäude bzw. der Wohnung erhalten. Thematisch werden dabei verschiedene Schwerpunkte abgedeckt, vom Strom-, Heizenergie- und Wassersparen bis hin zum Austausch der Heizung und zur Gebäudemodernisierung. Anschließend werden passende Förderangebote aufgezeigt, etwa die Bundesförderung für effiziente Gebäude und weitere Förderprogramme des Bundes, der Länder und der Kommunen, welche über die Fördermittel-Datenbank der Beratungstools direkt aufgerufen werden können. Für die Umsetzung vor Ort werden sodann Energieberatungen, Handwerksunternehmen, Finanzdienstleister und weitere Fachkräfte vermittelt, welche in einer Experten-Datenbank erfasst sind und über eine Postleitzahl-Suche ausfindig gemacht werden können. Eine auf die geplanten Maßnahmen abgestimmte E-Mail-Kommunikation begleitet die Nutzenden anschließend niedrigschwellig ins Handeln.

EVALUATION DES BERATUNGSERFOLGS BEREITS MITGEDACHT

Aufgrund einer IT-Infrastruktur kann die Wirkung der vom BMWK geförderten Beratungsoffensive durch die Dokumentation und Auswertung der Beratungsleistungen und umgesetzten Maßnahmen evaluiert und ihre Wirkung für die Zukunft prognostiziert werden. Das Konzept für die Evaluierung entstand in Zusammenarbeit mit dem Öko-

Institut, dem ifeu – Institut für Energie- und Umweltforschung, dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie sowie dem Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW). Die Evaluierung zeigt, dass das Zusammenspiel aus Information, Benchmarking, digitaler Beratung und Begleitung besonders im vergangenen Jahr gewirkt hat und relevante Einsparleistungen auch in den kommenden Jahren erwarten lässt.

ONLINE-BERATUNG ENTLASTET FACHKRÄFTE

Angebote wie die Online-Klimaschutzberatung entlasten Fachkräfte bei der Beratung vor Ort und ermöglichen eine erste, fachlich fundierte Einschätzung, ohne dass Verbraucherinnen und Verbraucher lange Wartezeiten für freie Termine in Kauf nehmen müssen.

Um die Qualität der Beratungsleistung sicherzustellen, werden die digitalen Beratungstools in Zusammenarbeit mit Fachleuten entwickelt, etwa aus Energieagenturen, Architekten- oder Ingenieurbüros. Verfahren der digitalen Produktentwicklung ergänzen die nötige technische Expertise, um mithilfe einer Nutzerzentrierung Tools zu entwickeln, die bei Internetnutzerinnen und -nutzern auf Akzeptanz stoßen. Ein Beispiel ist die „Digitale Heizkostenanalyse“ im Rahmen der Energiewechsel-Kampagne des BMWK, welche auf den Tools der Online-Klimaschutzberatung basiert.

INTEGRATIVER ANSATZ VERSTÄRKT AKZEPTANZ UND SETZT INVESTITIONSPULSE

Dieser Ansatz der Online-Klimaschutzberatung verstärkt die Akzeptanz für Klimaschutzmaßnahmen und die Umsetzung der Energie- wende. Einerseits auf Seiten der Multiplikatoren, die Teil eines breit aufge-



stellten Netzwerks sind. Andererseits bei Verbraucherinnen und Verbrauchern, die zum Beispiel mit installierten Wärmepumpen und PV-Anlagen zu Multiplikatoren im eigenen Umfeld werden können.

Die Umsetzung der empfohlenen Energiesparmaßnahmen sorgt für Investitionsimpulse. So zeigt beispielsweise die Evaluierung des „HeizCheck“ aus dem Jahr 2021, dass circa 80.000 digitale Beratungen den Impuls für insgesamt 221 Millionen Euro Umsatz in der Wirtschaft setzten.

Eine Sensibilisierung für den Klimaschutz und energiesparendes Verhalten ist auch bei jungen Menschen von Bedeutung. An diesem Punkt setzt eine weitere Initiative im Rahmen der Kampagne an, der „Energiesparmeister-Wettbewerb“ für engagierte Schulen, mit dem jedes Jahr effiziente, kreative und nachhaltige Klimaschutzprojekte an deutschen Schulen gesucht werden.

Der Wettbewerb richtet sich gezielt an Schülerinnen und Schüler, deren Bewusstsein fürs Energiesparen somit schon in jungen Jahren gefördert wird und die dieses an ihre Familien weitergeben. Mit seiner Eröffnungsrede zur Preisverleihung 2022 konnte Bundesminister Robert Habeck über 40.000 Schülerinnen und Schüler sowie deren Familien erreichen.

AUSBLICK

Die Online-Klimaschutzberatung leistet nicht nur einen Beitrag zum Klimaschutz und zur Aufrechterhaltung der Energieversorgungssicherheit, sondern mildert – neben den zahlreichen von der Bundesregierung beschlossenen Entlastungsmaßnahmen – die Auswirkungen der Energiepreiskrise für die Verbraucherinnen und Verbraucher. Um dauerhaft den Energieverbrauch in Wohngebäuden zu reduzieren und den Ausbau der erneuerbaren Energien beim Heizen zu fördern,

braucht es gleichzeitig entsprechende gesetzliche Vorgaben und Förderprogramme. So gelingt das Zusammenspiel aus Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.

KONTAKT & MEHR ZUM THEMA

Holger Harting

Referat: Bund-Länder-Kooperation
zu Klimaschutz und Energiewende,
Information und Dialog

schlaglichter@bmwk.bund.de

Energiewechsel-Kampagne des
BMWK:

<https://www.energiewechsel.de/KAENEF/Navigation/DE/Mitmachen/Alltag/Heizen/Heizkostenanalyse/digitale-heizkostenanalyse.htm>

Heiz- und Stromspiegel:

<https://www.heizspiegel.de> und
<https://www.stromspiegel.de>

Alle weiteren Tools der „Online-Klimaschutzberatung für Deutschland“ sind über die Anbieter-Website <https://www.co2online.de> erreichbar.

Termine

FEBRUAR 2023

06.02.2023	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Dezember 2022)
07.02.2023	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Dezember 2022)
06./07.02.2023	Informeller WBF-Rat (Stockholm, SWE)
09./10.02.2023	Sondersitzung des Europäischen Rat
13.02.2023	Pressemitteilung „Wirtschaftliche Lage im Februar“
13./14.02.2023	Eurogruppe/ECOFIN
27./28.02.2023	Informelles Treffen der Energie- und Transportministerinnen und -minister

MÄRZ 2023

02.03.2023	WBF-Rat (Binnenmarkt/Industrie)
07.03.2023	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Januar 2023)
08.03.2023	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Januar 2023)
09./10.03.2023	Informelles Treffen der Handelsministerinnen und -minister
13.03.2023	Pressemitteilung „Wirtschaftliche Lage im März“
13./14.03.2023	Eurogruppe/ECOFIN
16.03.2023	Umwelt-/Klimarat
23./24.03.2023	Europäischer Rat
28.03.2023	Energierat

APRIL 2023

05.04.2023	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Februar 2023)
06.04.2023	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Februar 2023)
14.04.2023	Pressemitteilung „Wirtschaftliche Lage im April“
18./19.04.2023	Informelles Treffen der Umwelt-/Klimaministerinnen und -minister
28./29.04.2023	Informelle Treffen Eurogruppe/ECOFIN

K



KONJUNKTUR



DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE

in Deutschland im Januar 2023¹

IN KÜRZE

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland hat sich im vergangenen Jahr angesichts der Energiekrise und der Lieferkettenprobleme als erfreulich robust erwiesen. Nach ersten vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes nahm das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Gesamtjahr um 1,9% zu. Wachstumsimpulse kamen dabei vor allem vom privaten Konsum und den Investitionen.

Es mehren sich die Anzeichen dafür, dass die wirtschaftliche Abschwächung im Winterhalbjahr milder ausfällt als bislang erwartet worden ist. Dennoch dürften die zunehmend bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern ankommenden hohen Preissteigerungen die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland zu Jahresbeginn 2023 belasten. Außerdem sorgen Unsicherheiten über die wirtschaftlichen Perspektiven und steigende Zinsen für eine Investitionszurückhaltung.

Die Stimmung in der deutschen Wirtschaft hat sich gemäß den ifo Umfragen im Dezember spürbar aufgeheitert. Fast alle Wirtschaftsbereiche waren zuversichtlicher als zuvor.

Die Industrieproduktion stabilisierte sich im November nach einem schwachen Start ins vierte Quartal. Die Nachfrage im Verarbeitenden Gewerbe ging im November kräftig zurück, war aber stark von ausbleibenden Großaufträgen aus dem Ausland im sonstigen Fahrzeugbau geprägt. Die deutsche Industrie durchläuft einen schwierigen Winter, auch wenn sich die Geschäftserwartungen der Unternehmen zuletzt verbessert haben.

Die Umsätze im Einzelhandel erhöhten sich im November wieder etwas. Die Stimmung unter den privaten Verbraucherinnen und Verbrauchern stabilisierte sich weiter, lag allerdings immer noch auf einem niedrigen Niveau.

Die Inflationsrate hat sich im Dezember um 1,4 Prozentpunkte auf voraussichtlich 8,6% verringert. Im Jahresdurchschnitt 2023 lagen die Verbraucherpreise damit um 7,9% über dem Vorjahresniveau. Die Dezember-Soforthilfe für Gas und Wärme dürfte für den Rückgang im Dezember eine entscheidende Rolle gespielt haben. Die Teuerung der Energieträger fiel spürbar schwächer aus als in den Vormonaten. Der Anstieg der Preise für Nahrungsmittel hat sich leicht abgeschwächt.

Auch zum Jahresende erweist sich der Arbeitsmarkt nach wie vor als widerstandsfähig. Die Inanspruchnahme der Kurzarbeit dürfte zwar nochmals zugelegt haben, sich aber weiterhin auf vergleichsweise niedrigem Niveau bewegen. Die Arbeitskräfteknappheit wird allerdings zunehmend zur Wachstumsbremse. Die Zahl der gemeldeten offenen Stellen stieg im Jahr 2022 auf ein Höchstniveau. Insbesondere im Dienstleistungssektor suchen fast alle Branchen nach neuen Mitarbeitenden.

Die beantragten Unternehmensinsolvenzen nehmen von einem niedrigen Niveau aus wieder zu. Im Oktober lagen sie um 17,9% über ihrem Stand von einem Jahr zuvor. Frühindikatoren deuten auf einen weiteren leichten Anstieg hin, eine „Insolvenzwelle“ ist jedoch nicht in Sicht.

GÜNSTIGER JAHRESAUSGANG 2022, ABER SCHWACHER START INS JAHR 2023

Nach ersten vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes legte das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2022 um 1,9% zu. Damit befand sich die deutsche Wirtschaft trotz des Krieges in der Ukraine und der damit zusammenhängenden Energiepreiskrise auf Wachstumskurs. Gründe für den vergleichsweise positiven Verlauf waren vor allem Nachholeffekte beim privaten Konsum und der Produktion nach dem Corona-Einbruch sowie im Jahresverlauf nachlassende Lieferengpässe. Dennoch dürften die zunehmend bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern ankommenden Preissteigerungen infolge der damit verbundenen Kaufkraftverluste die Aussichten für den privaten Konsum spürbar dämpfen. Auch wenn die Industrie im Durchschnitt bislang vergleichsweise gut mit den gestiegenen Energiepreisen klar kommt, sind die Auswirkungen der Energiepreiskrise insbesondere in den energieintensiven Bereichen sichtbar. So lag die Produktion in der besonders betroffenen chemischen Industrie im November rund 20% unter dem durchschnittlichen Niveau des Jahres 2021. Zusätzlich sorgten die unsicheren wirtschaftlichen Perspektiven und steigende Zinsen dafür, dass viele Investitionsprojekte zunächst zurückgestellt wurden. Insbesondere am Bau verlief die Entwicklung im letzten Vierteljahr schwach, weil die Finanzierung deutlich teurer geworden ist.

Die Lage in der Industrie stellt sich zuletzt aber günstiger dar. So stabilisierte sich die Industrieproduktion nach einem schwachen Start ins vierte Quartal im November wieder. Das ifo Geschäftsklima hat sich im Dezember weiter aufgeheitert, auch weil sich in den kommenden Monaten die Materialengpässe weiter abbauen dürften. Ebenso haben die Beschlüsse der Bundesregierung zur Gas- und Strompreisbremse dazu beigetragen, dass sich die Stimmung in den Unternehmen, aber auch bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern weiter verbessert hat. Der Ausblick auf die Industriekonjunktur im ersten Quartal des neuen Jahres bleibt aber angesichts einer weiterhin schwachen Nachfrage verhalten. Die Weltwirtschaft hat sich zuletzt wieder abgekühlt, was die heimische Industrie in Form deutlich nachlassender Aufträge aus dem Ausland zu spüren bekommt.



¹ In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 16. Januar 2023 vorlagen. Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsraten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie kalender- und saisonbereinigter Daten.

INDUSTRIEPRODUKTION UND IFO GESCHÄFTSKLIMA IM VERARBEITENDEN GEWERBE

Monate, Volumenindex 2015 = 100, kalender- und saisonbereinigt

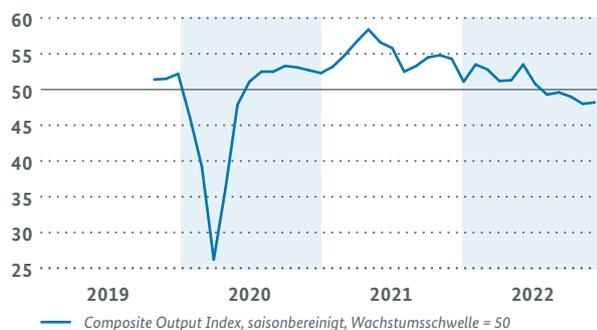


Quellen: StBA, BBk, ifo Institut

ABKÜHLUNG IN DER WELTWIRTSCHAFT

Aktuelle Indikatoren zeigen eine insgesamt schwache Entwicklung des globalen Umfeldes. Der Welthandel nahm im Oktober spürbar um 1,6 % gegenüber dem Vormonat ab. Die weltweite Industrieproduktion verringerte sich um 0,6 %, nachdem sie in den beiden Vormonaten noch zugelegt hatte. Auch die Stimmungsindikatoren am aktuellen Rand sprechen für eine schwache Entwicklung über die Wintermonate. Der Index von S&P Global (ehemals IHS Markit) lag im Dezember weiter unter der Wachstumsschwelle von 50 Punkten und notierte zuletzt bei 48,2 Punkten.

EINKAUFSMANAGERINDEX WELT S&P GLOBAL



Quellen: S&P Global, Macrobond

RÜCKGANG DER NOMINALEN IMPORTE DURCH FALLENDE PREISE

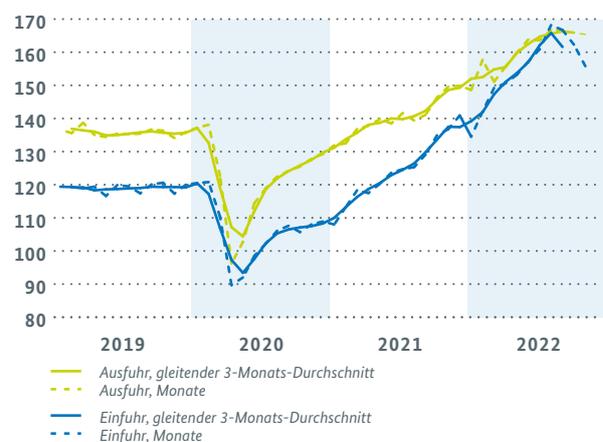
Der nominale Wert aller Einfuhren von Waren und Dienstleistungen hat sich im Berichtsmontat November gegenüber dem Vormonat deutlich verringert (-4,0%). Hinter dem nominalen Rückgang verbirgt sich jedoch ein realer Anstieg, da die Importpreise im gleichen Zeitraum um 4,5% gefallen sind. Hier haben vor allem die rückläufigen Energiepreise eine Rolle gespielt. Der nominale Wert aller Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen verringerte sich im Vormonatsvergleich mit einem Rückgang von 0,2% deutlich schwächer. Auch die Ausfuhrpreise gaben im November leicht nach (-0,5%), wenn auch in deutlich geringerem Umfang als die Importpreise.

Hinter der schwachen Entwicklung der wertmäßigen Im- und Exporte in den letzten Monaten steckt somit auch eine gute Nachricht: Infolge der überproportional fallenden Importpreise verbessern sich die Terms of Trade der deutschen Volkswirtschaft wieder langsam.

Dies macht sich auch im monatlichen Handelsbilanzüberschuss bemerkbar. Im November lag er mit 9,7 Mrd. Euro im Plus. Dies ist der höchste Wert seit 10 Monaten. Auf dem Höhepunkt der Energiepreiskrise im August lag der Handelsbilanzüberschuss noch bei -1,6 Mrd. Euro. Seitdem hat er sich jedoch stetig erholt und liegt nun auf dem Niveau des Vorjahresmonats.

EIN- UND AUSFUHREN (WAREN & DIENSTLEISTUNGEN)

in Milliarden Euro, kalender- und saisonbereinigt



Quelle: Zahlungsbilanzstatistik Deutsche Bundesbank (BBk)



AUSSENHANDEL*

	2.Q.	3.Q.	Sep.	Okt.	Nov.
WARENHANDEL UND DIENSTLEISTUNGEN (Zahlungsbilanzstatistik)					
Veränderung ggü. Vorperiode in % (saisonbereinigt)					
AUSFUHR	5,0	3,3	0,0	-0,5	-0,2
EINFUHR	8,3	7,6	-0,9	-2,7	-4,0
AUSSENHANDEL MIT WAREN NACH LÄNDERN (Außenhandelsstatistik)					
Veränderung ggü. Vorjahr in % (Ursprungswerte)					
AUSFUHR	15,8	17,9	20,2	11,4	13,3
Eurozone	17,3	19,0	19,5	10,8	14,0
EU Nicht-Eurozone	14,7	16,3	17,0	12,0	13,1
Drittländer	15,0	17,5	22,0	11,8	12,8
EINFUHR	28,6	32,0	31,6	19,4	14,8
Eurozone	19,7	22,9	27,6	12,0	4,7
EU Nicht-Eurozone	17,5	22,2	19,3	18,1	13,0
Drittländer	39,7	42,2	39,0	25,7	23,4

* Angaben in jeweiligen Preisen

Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBK)

Der Ausblick für den Außenhandel bleibt aufgrund des weltwirtschaftlichen Abschwungs verhalten. Im Verarbeitenden Gewerbe war die Stimmung etwas besser als im Dienstleistungsbereich. Die ifo Exporterwartungen konnten im Dezember auf niedrigem Niveau leicht zulegen. Sie liegen jetzt bei +1,6 Saldenpunkten. Zum Vergleich: Vor Ausbruch des Kriegs in der Ukraine lag der Index noch bei rund 15 Saldenpunkten. Eine positive Nachricht ist, dass sich die Erholung vom Materialmangel weiter fortsetzt. So gaben in der monatlichen ifo Umfrage nur noch 50,7% der Unternehmen an, von Knappheiten bei Vorprodukten betroffen zu sein. Im Vormonat waren es noch 59,3%. Auch die Containerfrachtraten auf der Verbindung Asien – Europa sind mittlerweile fast wieder auf Vorkrisenniveau gefallen. Allerdings führt die Abkehr von der Zero-Covid-Politik in China zur Befürchtung pandemiebedingter Produktionsausfälle mit erneuten Engpässen bei bestimmten Lieferketten, was die Unsicherheit für die nächsten Monate erhöht.

DIE INDUSTRIEKONJUNKTUR STABILISIERT SICH, DIE KURZFRISTIGEN AUSSICHTEN BLEIBEN EHER TRÜB

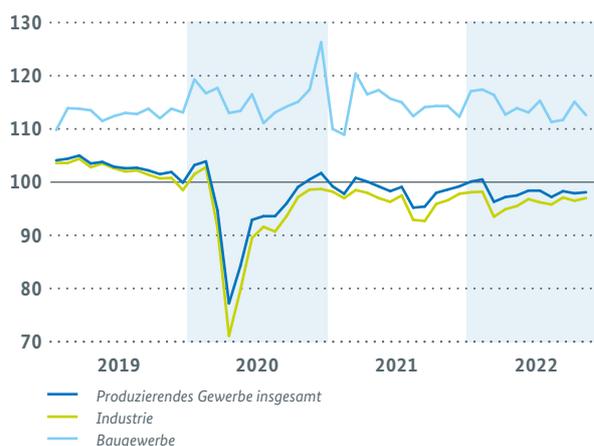
Die Produktion im Produzierenden Gewerbe hat sich nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im November gegenüber dem Vormonat kaum verändert (+0,2%). Während der Ausstoß in der Industrie leicht um 0,5 % zunahm, kam es im Baugewerbe zu einem spürbaren Minus von 2,2%. Der Bereich Energie konnte sich nach seinem kräftigen Rückgang im Vormonat etwas erholen und legte um 3,0% zu.

In den einzelnen Industriebranchen verlief die Entwicklung der Produktion unterschiedlich: Der gewichtige Bereich Kfz

und Kfz-Teile konnte kräftig um 5,6 % expandieren, während die Ausbringung im ähnlich großen Maschinenbau unverändert blieb. Bei den besonders energieintensiven Wirtschaftszweigen konnten sich die Bereiche Chemische Erzeugnisse (+3,3%) sowie Kokerei und Mineralölverarbeitung (+5,0%) erholen. Die Bereiche Papier und Pappe (-2,5%), Metallherzeugung und -bearbeitung (-2,3%) sowie Glas, Glaswaren und Keramik (-2,5%) verzeichneten hingegen erneut Rückgänge.

PRODUKTION IM PRODUZIERENDEN GEWERBE NACH WIRTSCHAFTSZWEIGEN

Volumenindex (2015 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBK)

INDUSTRIEVeränderung ggü. Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

	2.Q.	3.Q.	Sep.	Okt.	Nov.
PRODUKTION					
Insgesamt	-0,9	0,7	1,4	-0,6	0,5
Vorleistungsgüter	-1,2	-1,8	0,2	-2,0	1,1
Investitionsgüter	-0,1	3,2	2,1	1,6	0,7
Konsumgüter	-2,2	-0,3	2,0	-3,2	-1,5
UMSÄTZE					
Insgesamt	-0,7	1,9	0,4	-0,4	2,1
Inland	-1,7	0,1	0,7	-1,5	2,9
Ausland	0,4	3,6	0,1	0,5	1,5
AUFTRAGSEINGÄNGE					
Insgesamt	-5,4	-1,2	-2,9	0,6	-5,3
Inland	-1,1	-5,0	0,5	-1,7	-1,1
Ausland	-8,4	1,5	-5,2	2,2	-8,1
Vorleistungsgüter	-3,5	-1,9	-3,4	-0,8	-0,9
Investitionsgüter	-8,2	0,7	-4,1	2,6	-8,5
Konsumgüter	5,4	-10,4	7,3	-6,5	-0,7

Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBK)



Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe sind im November gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt um 5,3 % gesunken. Damit setzten die Bestellungen ihren seit Februar letzten Jahres zu beobachtenden Abwärtstrend wieder verstärkt fort, nachdem es im Oktober zu einer kurzen Stabilisierung gekommen war (+0,6 %). Die Nachfrage beim Verarbeitenden Gewerbe war im November stark von ausbleibenden Großaufträgen im sonstigen Fahrzeugbau geprägt. Ohne Großaufträge lag der Rückgang bei 2,9 %. Das deutliche Minus im Vormonatsvergleich war vor allem auf einen kräftigen Rückgang bei der Auslandsnachfrage um 8,1 % zurückzuführen (Euroraum: -10,3 %, Nicht-Euroraum: -6,8 %). Die Bestellungen aus dem Inland verringerten sich dagegen nur um 1,1 %.

Die Industrieproduktion stabilisierte sich im November nach dem schwachen Start ins vierte Quartal. Die Stimmung in den Unternehmen hellte sich zuletzt auf und in den kommenden Monaten könnten die nachlassenden Lieferengpässe die Industriekonjunktur weiter stützen. Dennoch bleibt der Ausblick auf die Industriekonjunktur im ersten Quartal verhalten, darauf deuten die zuletzt schwachen Auftragseingänge sowie die sich abkühlende Weltwirtschaft hin.

EINZELHANDELSUMSATZ ZULETZT WIEDER ETWAS STÄRKER

Die Umsätze im Einzelhandel ohne Kfz haben sich im November gegenüber dem Vormonat um 1,7 % erhöht. Im Vergleich zum November 2021 meldete der Einzelhandel ein (reales) Umsatzminus von 5,1 %, was zu einem beträchtlichen Teil auch die hohen Preissteigerungen im Einzelhandel widerspiegelt. So kam es in nominaler Rechnung, also ohne Preisbereinigung, binnen Jahresfrist zu einem Umsatzplus von 5,6 %. Der Handel mit Lebensmitteln verzeichnete im November im Vergleich zum Vormonat ein reales Umsatzminus von 1,3 % (ggü. Vorjahresmonat -5,7 %). Der Handel ohne Nahrungsmittel meldete einen Anstieg seines Umsatzes von 2,1 % (ggü. Vorjahresmonat -6,1 %). Der Internet- und Versandhandel verbuchte im November eine Abnahme um 0,4 % (ggü. Vorjahresmonat -8,0 %). Im Gesamtjahr 2022 gingen die Umsätze im Einzelhandel gegenüber dem Vorjahr um 0,3 % zurück. Besonders kräftig fiel das Umsatzminus im Internet- und Versandhandel aus (-8,1 %), der allerdings im Jahr 2021 pandemiebedingt einen Umsatzzuwachs von 12,3 % erzielt hatte. Die Neuzulassungen von Pkw durch private Halter sind im Dezember kräftig um 22,0 % gestiegen, nachdem sie bereits im November um 14,6 % zugelegt hatten. Die Entwicklung zum Jahresende hin dürfte allerdings stark durch die Reduzierung bzw. das Auslaufen der Förderung von E-Autos und Pkw mit Hybrid-Antrieb geprägt worden sein.

EINZELHANDELSUMSATZ OHNE HANDEL MIT KFZ

Volumenindex 2015 = 100, saisonbereinigt



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

Das Klima bei den privaten Verbraucherinnen und Verbrauchern dürfte sich zum Jahresende 2022 weiter stabilisiert haben. Laut dem GfK Konsumklima ist im Januar mit der dritten Verbesserung in Folge zu rechnen. Es wird erneut ein kleiner Anstieg des Indikators prognostiziert, der aber nach wie vor auf einem niedrigen Niveau liegt. Als Gründe nennt GfK moderatere Energiepreise und die Entlastungspakete der Bundesregierung. Auch die ifo Geschäftserwartungen im Einzelhandel haben sich im Dezember erneut aufgehellt. Der Saldo der Meldungen liegt hier auf einem nicht mehr so niedrigem Niveau wie im September und Oktober. Auch die Beurteilung der Geschäftslage hat sich im Einzelhandel weiter verbessert.

DEZEMBER-SOFORTHILFE DRÜCKT INFLATIONSRATE SPÜRBAR NACH UNTEN

Bei den Verbraucherpreisen war im Dezember eine deutliche Verlangsamung des Auftriebs zu beobachten. So verringerte sich die Inflationsrate, d. h. der Anstieg des Preisniveaus binnen Jahresfrist, voraussichtlich um 1,4 Prozentpunkte auf 8,6 %. Eine maßgebliche Rolle dürfte dabei die Dezember-Soforthilfe, also die Übernahme der Monatsabschläge für Gas und Wärme durch den Bund, gespielt haben. So verringerten sich die Preise für Energieträger gegenüber dem Vormonat kräftig. Die Kerninflationsrate (ohne Nahrungsmittel und Energie) lag mit voraussichtlich +5,1 % mehr als halb so hoch wie die Gesamtrate.

Im Vormonatsvergleich fielen die Verbraucherpreise im November den zweiten Monat in Folge. Sie sanken um voraussichtlich 0,8 %. Bei steigen-



den Preisen für Nahrungsmittel (+0,8%) ist diese Entwicklung in erster Linie auf geringere Energiepreise zurückzuführen (-11,6%). Die Kernrate ist im Vergleich zum Vormonat voraussichtlich um 0,9 % gestiegen.

VERBRAUCHERPREISINDEX

Veränderung in %	ggü. Vormonat		ggü. Vorjahresmonat	
	Nov.	Dez.	Nov.	Dez.
Insgesamt	-0,5	-0,8	10,0	8,6
Insgesamt ohne Energie und Nahrungsmittel (Kerninflation)	-0,5	0,9	5,0	5,1
Nahrungsmittel	1,2	0,8	21,1	20,7
Energie	-1,2	-11,6	38,7	24,4
Dienstleistungen	-1,2	1,3	3,6	3,9
Insgesamt (saisonbereinigt)	0,3	-1,2	-	-

Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

Die Teuerung der Energieträger fiel im Dezember im Vorjahresvergleich mit 24,4 % spürbar schwächer aus als in den Vormonaten (Nov.: +38,7%; Okt.: 43,0%). Der Anstieg der Preise für Nahrungsmittel hat sich mit 20,7% nur leicht abgeschwächt (Nov.: +21,1%). Auch auf den vorgelagerten Absatzstufen deutet sich wegen der nicht mehr ganz so hohen Energiepreise eine gewisse Entspannung an. So hat sich der Preisauftrieb auf Erzeugerebene im November im Vormonatsvergleich zum zweiten Mal in Folge abgeschwächt (-3,9%; Okt.: -4,2%), vor allem weil die Energiepreise zurückgegangen sind (-9,6%; Okt.: -10,4%). Die Großhandelsverkaufspreise verringerten sich im November ebenfalls im Vergleich zum Oktober (-0,9%). Im Vorjahresvergleich stiegen sie aber noch um 14,9%. Ähnlich verhielt es sich mit den Importpreisen im November (-4,5% ggü. Vormonat; +14,5% ggü. Vorjahr).

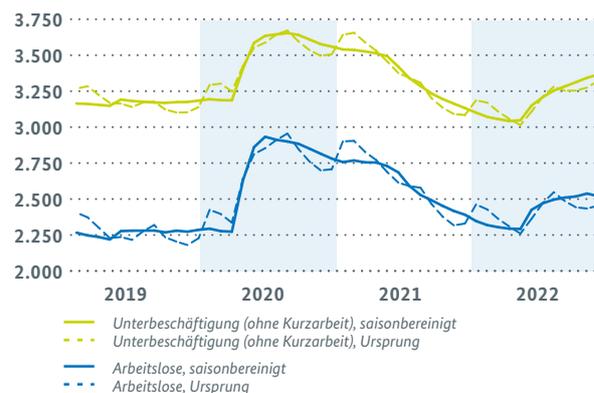
Durch die ab Januar wirksam werdenden Gas- und Strompreisbremsen sollten die Höchststände aus dem letzten Jahr mit Inflationsraten von über 10% aber überwunden sein. Dafür spricht auch, dass auf den vorgelagerten Absatzstufen in den letzten Monaten in Anbetracht nachlassender Energiepreise eine gewisse Entspannung zu beobachten war.

ARBEITSMARKT WEITER WIDERSTANDSFÄHIG

Auch zum Jahresende 2022 hat sich der Arbeitsmarkt weiterhin als widerstandsfähig erwiesen. Die registrierte Arbeitslosigkeit nahm im Dezember saisonbereinigt (sb) um 13.000 Personen ab. Dies ist der erste Rückgang seit sieben Monaten. Die Erwerbstätigkeit legte im November kräftig zu (+50.000 Personen). Bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäf-

tigung gab es im Oktober ein leichtes Plus (sb +9.000 Personen). Auch die geringfügige Beschäftigung stieg in diesem Monat um +15.000 Personen. Die Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro zum 1. Oktober 2022 führte somit nicht zu einem Beschäftigungsrückgang in diesem Bereich. Die Inanspruchnahme der Kurzarbeit erhöhte sich im Oktober auf rund 160 Tausend Personen. Sie dürfte im November nochmals zulegen. Die Frühindikatoren haben sich stabilisiert. Zwar könnte es im Januar saisonbedingt wieder zu einem leichten Anstieg der Arbeitslosigkeit kommen. Allerdings deuten die Beschäftigungsbarometer von IAB und ifo darauf hin, dass sich der Aufwärtstrend bei der Beschäftigung im ersten Quartal fortsetzen dürfte. Das im Jahr 2022 erreichte Höchstniveau bei den gemeldeten offenen Stellen von 845.000 zeigt, dass die Arbeitskräfteknappheit zunehmend zur Wachstumsbremse der deutschen Wirtschaft wird. Insbesondere im Dienstleistungssektor suchen fast alle Branchen nach neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

ARBEITSLOSIGKEIT UND UNTERBESCHÄFTIGUNG (in 1.000)



Quellen: Bundesagentur für Arbeit (BA), IAB, Deutsche Bundesbank (BBk)

UNTERNEHMENSINSOLVENZEN NEHMEN VON NIEDRIGEM NIVEAU WIEDER ZU

Im Oktober 2022 haben die deutschen Amtsgerichte nach Angaben des Statistischen Bundesamtes mit 1.245 beantragten Unternehmensinsolvenzen 17,9% mehr als im Oktober 2021 gemeldet. Im Zeitraum Januar bis Oktober 2022 lag die Gesamtzahl der gemeldeten Unternehmensinsolvenzen um 1,3% über dem Vorjahresniveau. Die meisten Insolvenzen gab es im Oktober 2022 im Baugewerbe (251 Fälle) und im Handel, einschließlich der Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen (206 Fälle).

Als Frühindikator gibt die Zahl der beantragten Regelinsolvenzen Hinweise auf die künftige Ent-



ARBEITSMARKT*Arbeitslose (SGB II und III)*

	3.Q.	4.Q.	Okt.	Nov.	Dez.
<i>in Mio. (Ursprungszahlen)</i>	2,501	2,443	2,442	2,434	2,454
<i>ggü. Vorjahr in 1.000</i>	-43	102	65	117	124
<i>ggü. Vorperiode in 1.000*</i>	155	31	7	15	-13
<i>Arbeitslosenquote</i>	5,5	5,3	5,3	5,3	5,4

ERWERBSTÄTIGE (Inland)

	2.Q.	3.Q.	Sep.	Okt.	Nov.
<i>in Mio. (Ursprungszahlen)</i>	45,5	45,7	45,8	45,9	46,0
<i>ggü. Vorjahr in 1.000</i>	680	516	502	503	498
<i>ggü. Vorperiode in 1.000*</i>	135	43	31	32	50

SOZIALVERSICHERUNGSPFLICHTIG BESCHÄFTIGTE

	2.Q.	3.Q.	Aug.	Sep.	Okt.
<i>in Mio. (Ursprungszahlen)</i>	34,4	34,6	34,6	34,9	34,9
<i>ggü. Vorjahr in 1.000</i>	673	579	575	574	531
<i>ggü. Vorperiode in 1.000*</i>	103	77	34	40	9

* kalender- und saisonbereinigte Angaben

Quellen: Bundesagentur für Arbeit (BA), Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

wicklung der Unternehmensinsolvenzen. Diese sind nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes im Dezember 2022 um 3,1% gegenüber November 2022 gestiegen, nach einer Zunahme im November um 1,2%. Im weiteren Verlauf ist mit einem leichten Anstieg der Unternehmensinsolvenzen zu rechnen, allerdings ausgehend von einem im langfristigen Vergleich sehr niedrigen Niveau. Die Folgen des Kriegs in der Ukraine und die drastisch gestiege-

nen Energiepreise stellen für viele Unternehmen Belastungen dar, deren Auswirkungen auf das Insolvenzgeschehen in den nächsten Monaten nur schwer abzuschätzen sind.

Mit dem Jahreswirtschaftsbericht, der am 25. Januar 2023 veröffentlicht wird, legt die Bundesregierung ihre neue Jahresprojektion zu den wirtschaftlichen Aussichten in diesem Jahr vor.

BIP NOWCAST FÜR DAS VIERTE QUARTAL 2022 UND DAS ERSTE QUARTAL 2023

IN KÜRZE

Der Nowcast für die saison- und kalenderbereinigte Veränderungsrate des BIP beträgt +0,1 % für das vierte Quartal 2022 bzw. +0,4 % für das erste Quartal 2023 (Stand 12. Januar).¹

Das Prognosemodell des Nowcast schätzt für das vierte Quartal 2022 derzeit einen saison- und kalenderbereinigten Anstieg des Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorquartal von 0,1 %. Für das erste Quartal 2023 ergibt sich ein spürbarer Zuwachs von 0,4 %. Der Nowcast liefert eine täglich aktualisierte, rein technische, zeitreihenanalytische Prognose der Wirtschaftsleistung unabhängig von der Einschätzung der Bundesregierung und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz. Die tatsächlichen Ergebnisse zur wirtschaftlichen Entwicklung für das vierte Quartal 2022 bzw. für das erste Quartal 2023 werden vom Statistischen Bundesamt Ende Januar bzw. Ende April 2023 veröffentlicht.

Die Abbildung veranschaulicht die Entwicklung des Nowcast im Zeitverlauf: Der Schätzwert für das vierte Quartal 2022 belief sich bei erstmaliger Berechnung Anfang Juli auf +0,2 %. Bis Anfang August fiel er aufgrund der Unsicherheit um die Liefermengen russischen Erdgases auf -0,7 %. Zwischenzeitlich kam es zu einer kurzlebigen Erholung auf einen Wert von -0,2 %, die auf günstige Nachrichten zu Kfz-Neuzulassungen in Italien und Frankreich zurückzuführen war. Zum Absturz auf bis zu -1,5 % führten bis Ende September mäßige Produktionsdaten aus dem europäischen Ausland sowie verschlechterte Umfragewerte in der Industrie als auch bei Konsumentinnen und Konsumenten im In- und Ausland. Anschließend folgte der Nowcast bis zum Jahresende 2022 einem aufwärtsgerichteten Trend. Hinter diesen Verbesserungen standen die günstigere Lage in der heimischen Kfz-Industrie, steigende Industrieproduktion und -umsätze sowie positive Außenhandelsdaten. Auch die Meldung zum BIP im dritten Quartal 2022 lieferte Ende November positive Impulse. Gegenwind kam von verhaltenen Umfragedaten aus Deutschland. Demgegenüber trugen

Stimmungsindikatoren aus dem Euroraum erneut zu einer Erhöhung des Nowcast auf den aktuellen Stand von +0,2 % bei. Gegen Ende Dezember 2022 sorgten positive ifo Umfrageergebnisse für Deutschland und gute Konjunkturdaten aus Europa für eine weitere Verbesserung auf etwas über +0,4 %. Zu Beginn des Jahres 2023 brachte jedoch insbesondere die ungünstige Entwicklung der Auftragseingänge in Deutschland den Nowcast wieder zurück auf zuletzt +0,1 %.

Für das erste Quartal 2023 beschreibt der Nowcast ebenfalls einen Aufwärtstrend. Bei erstmaliger Berechnung Anfang Oktober belief sich der Schätzwert auf -0,6 %. Mitte November leitete die Bodenbildung bzw. Verbesserung deutscher Stimmungsindikatoren den Anstieg ein. Bis Jahresende hoben die positiven Nachrichten zu Industrieproduktion und -umsätzen sowie zum Außenhandel im Berichtsmonat Oktober den Nowcast knapp unter die +0,6 %-Marke. Seit Jahresanfang ist er aber wegen der zuvor schon genannten Entwicklung der Auftragseingänge in Deutschland wieder etwas gefallen auf derzeit +0,4 %.

Der Nowcast zum vierten Quartal 2022 erscheint angesichts der robusten Indikatorenlage plausibel. Das amtliche Ergebnis für das dritte Quartal 2022 fiel vor dem Hintergrund pandemiebedingter Nachholeffekte überraschend positiv aus. Damit verbesserte sich die wirtschaftliche Ausgangslage für das vierte Quartal. Auch die Maßnahmen der Bundesregierung und die Entspannung bei den Lieferkettenproblemen dürften zur Verbesserung der Stimmungsindikatoren beigetragen haben. 

DAS MODELL

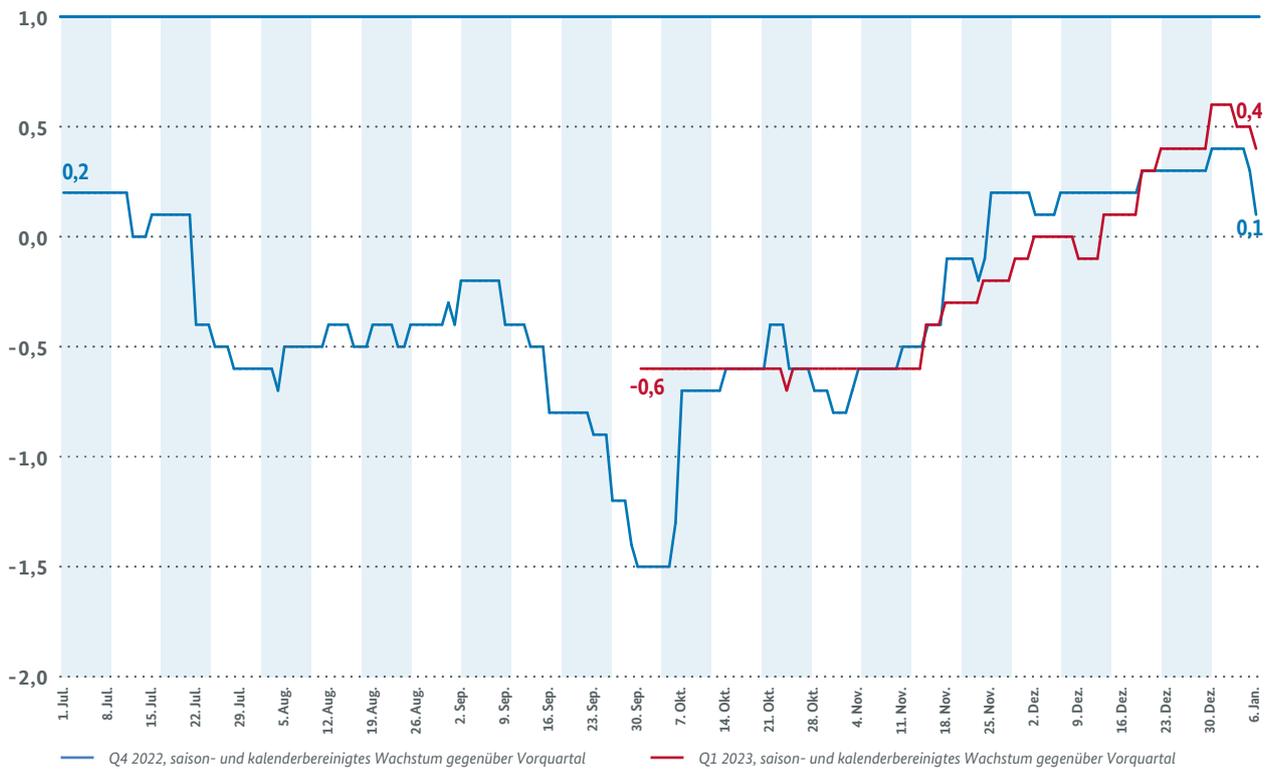
Das Modell zur Prognose des deutschen Bruttoinlandsprodukts wird von Now-Casting Economics Ltd. betrieben. Der hier veröffentlichte Nowcast ist eine rein technische, modellbasierte Prognose. Die Schätzungen sind mit einer hohen statistischen Unsicherheit behaftet, die mit Modellprognosen immer einhergeht. Es handelt sich bei dem Nowcast weder um die Prognose des BMWK noch um die offizielle Projektion der Bundesregierung.

¹ Für nähere Erläuterungen zur Methode, den verwendeten Daten und der Interpretation des Modells siehe Senftleben und Strohsal (2019): „Nowcasting: Ein Echtzeit-Indikator für die Konjunkturanalyse“, Schlaglichter der Wirtschaftspolitik, Juli 2019, Seite 12-15, und Andreini, Hasenzagl, Reichlin, Senftleben und Strohsal (2020): „Nowcasting German GDP“, CEPR DP14323.

Der Nowcast zum ersten Quartal 2023 erscheint aus fachlicher Sicht deutlich zu optimistisch. Die Stimmungskennzeichen deuten am aktuellen Rand darauf hin, dass die Unternehmen weiterhin recht pessimistische Einschätzungen für die kommenden Monate haben. Die Industrie-

produktion bleibt aufgrund von hohen Energiepreisen und anhaltenden – wenn auch nachlassenden – Lieferengpässen limitiert. Insgesamt ist mit einer schwächeren konjunkturellen Dynamik in den kommenden Monaten zu rechnen.

ENTWICKLUNG DES BIP NOWCAST FÜR DAS 4. QUARTAL 2022 UND DAS 1. QUARTAL 2023 IN %



Quelle: Now-Casting Economics Ltd.

MONETÄRE ENTWICKLUNG

IN KÜRZE

Die EZB erhöht weiter ihre Leitzinsen, die Normalisierung ihrer Geldpolitik – und damit die Verkürzung ihrer Bilanz – ist angelaufen. Dennoch rechnet die Notenbank auch 2025 noch mit einer Inflationsrate leicht über ihrem Ziel von 2%. Die Finanzierungsbedingungen für private Haushalte, Staaten und Unternehmen haben sich auf im Vergleich zu letztem Jahr deutlich höherem Niveau stabilisiert; der Euro ist aktuell wieder mehr wert als der Dollar.

INFLATION

Die Inflation in der Eurozone fiel zuletzt wieder etwas. Im Dezember stieg das allgemeine Preisniveau „nur noch“ einstellig, nämlich um 9,2% gegenüber dem Vorjahr. Das Spektrum der Raten der einzelnen Euroländer variiert dabei stark – von zuletzt 5,5% in Spanien bis 20,7% in Lettland (Abb. 1).¹ Auch die Kernrate der Inflation, also ohne die stark schwankenden Preise für Energie und Nahrungsmittel, belief sich im Dezember auf 5,5%. Die EZB hat im Dezember quartalsmäßig neue – abermals etwas höhere – Inflationsprognosen präsentiert (Abb. 2): Nach 6,3% für dieses Jahr

prognostiziert die Notenbank 3,4% für 2024 und 2,3% im Jahr 2025 – die EZB rechnet also auch mittelfristig mit Raten über ihrem 2%-Ziel. Die EZB hat ihre Prognose für die Kernrate der Inflation ebenfalls angehoben: Nach 4,2% in diesem Jahr rechnet die EZB mit 2,8% im Jahr 2024 und 2,4% für 2025. Dass die EZB 2025 eine Kerninflation höher als die allgemeine Inflation sieht, deutet darauf hin, dass sich der Preisauftrieb ausbreiten wird.

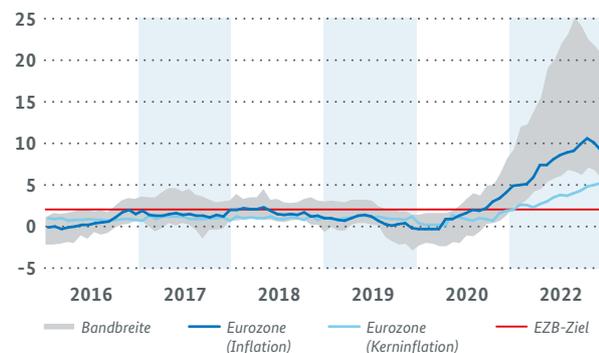
GELDPOLITISCHER KURS DER EZB

Die EZB hat nach ihrer Ratssitzung am 15.12.22 die Leitzinsen weiter erhöht, um 50 Basispunkte auf nun 2,00% (Einlagefazilität), 2,50% (Hauptrefinanzierungssatz) bzw. 2,75% (Spitzen-Refinanzierungssatz). Obwohl die Erhöhung geringer ist als bisher, verschärft die EZB ihre Sprache: Die Leitzinsen müssten weiter „significant“ und stetig („at steady pace“) steigen, um das Inflationsziel zu erreichen. Die EZB entscheide weiter datenabhängig und „meeting-by-meeting“. Die nächste EZB-Ratssitzung ist am 02.02.23.

Am 15.12.22 hat die EZB außerdem wie erwartet weitere Schritte zur Verkürzung ihrer Bilanz („Quantitative Tightening“) angekündigt:

ABB. 1: BLICK ZURÜCK

Inflation in der Eurozone, monatlich (%)



In % ggü. Vorjahr, bezogen auf den Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI). Die Bandbreite zeigt die höchsten und niedrigsten Inflationsraten der einzelnen Euroländer an. Dezember-Werte vorläufig.

Quellen: EZB für Prognosen, Eurostat, Macrobond für historische Daten

ABB. 2: BLICK NACH VORNE

EZB-Inflationsprognosen, jährlich (%)



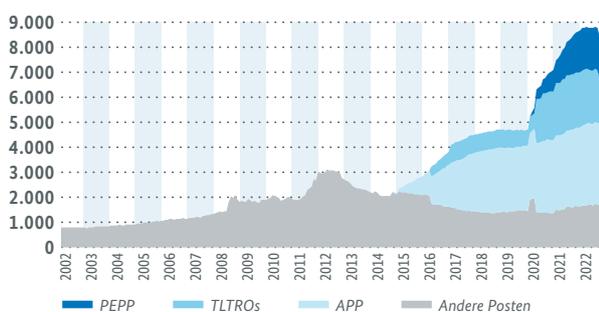
¹ Gemessen auf Basis des über die Eurozone Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI).



- **Asset Purchase Programme (APP)** (3.254 Mrd. Euro = 41 % der Bilanz): Die EZB kauft seit 2022 netto zwar keine Wertpapiere mehr, will aber alle im APP fällig werden den Anleihen noch bis Ende Februar 2023 voll wieder anlegen. Von März bis Juli will die EZB durch kleinere Reinvestitionen den Abbau von Anleihebeständen testen. Details dazu und zum Abbau der APP-Portfolios will die EZB am 02.02.23 bekannt geben. Außerdem will die EZB Ende 2023 ihre Steuerung von Kurzfristzinsen überarbeiten und damit einhergehend weitere Informationen zur Normalisierung ihrer Bilanz bekannt geben.
- **Pandemic Emergency Purchase Programme (PEPP)** (1.681 Mrd. Euro = 21 % der Bilanz): Das PEPP wurde angesichts des Pandemieausbruchs zusätzlich zum APP aufgelegt, um die Lage zu stabilisieren. Es erlaubt flexiblere Ankäufe als das APP, insbesondere den Ankauf griechischer Wertpapiere. Auch hier kauft die EZB netto nichts mehr dazu, will aber alle hier fällig werdenden Anleihen noch bis „mindestens“ Ende 2024 wieder anlegen. Die EZB betont, die Reinvestitionen weiter „flexibel“ zu gestalten – d.h., Anleihen von Euroländern mit besonders stark gestiegenen Risikoaufschlägen bevorzugt anzukaufen. Das soll zu unterschiedlich stark steigenden Risikoaufschlägen („Fragmentierung“) im Binnenmarkt verhindern.
- **Targeted Longer-term Refinancing Operations (TLTROs)** (1.374 Mrd. Euro = 16 % der Bilanz): TLTROs sind vergünstigte Kredite an den Bankensektor und wurden seit 2015 in drei Chargen und zuletzt angesichts des Pandemieausbruchs vergeben, um Banken zu mehr Kreditvergaben zu bewegen. Sie wurden im Dezember 2021 eingestellt, Banken haben jedoch bis zu vier Jahre Zeit, die Kredite zurückzuzahlen. Im November hat die EZB die Zinsen auf ihre vergünstigten Kredite an den Bankensektor angepasst, sodass Banken diese schneller zurückzahlen und die EZB-Bilanz sich damit passiv verkürzt. Seitdem wurden Kredite in der Höhe von 291 Mrd. Euro vorzeitig zurückgezahlt.

ABB. 3: EZB-BILANZ

In Mrd. Euro



Quellen: EZB, Macrobond

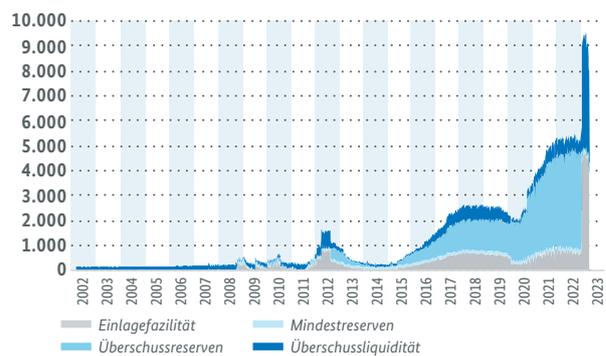
Die EZB-Bilanz beträgt derzeit 7.956 Mrd. Euro, was rd. 10% weniger ist als zum Höchststand im Mai 2022.

FINANZIERUNGSBEDINGUNGEN

Die Banken der Eurozone haben nach den Zinserhöhungen seit September große Teile ihrer Überschussreserven in die seitdem wieder positiv vergütete Einlagefazilität verschoben. Dort hielten Banken zuletzt etwa 4,1 Bio. Euro; die Überschussliquidität betrug zuletzt rd. 3,9 Bio. Euro (Abb. 4).

ABB. 4: LIQUIDITÄT IM EUROBANKENSYSTEM

In Mrd. Euro



Quellen: EZB, Macrobond

Am Geldmarkt, an dem Banken unbesichert ihren kurzfristigen Liquiditätsbedarf decken, steigen die Zinsen weiter und liegen weiter über dem Niveau der Einlagefazilität. Der EURIBOR, einer der am stärksten genutzten Referenzzinssätze in der Eurozone (hier für Geschäfte mit Laufzeit von 3 Monaten) notierte zuletzt bei etwa 2,25% (Abb. 5). Der Risikoaufschlag zu besicherten Instrumenten für die gleiche Laufzeit steigt seit Sommer und notierte zuletzt bei etwa 1%.

ABB. 5: GELDMARKT

In %. Risikoprämie ggü. Eurex Repo STOXX GC Pooling Market, Referenzlaufzeit: 3 Monate



Quelle: Macrobond



Die ausstehende Kreditmenge in der Eurozone belief sich im November (letzter Datenpunkt zu Redaktionsschluss) auf 6,6 Bio. Euro (an private Haushalte) und 14,2 Bio. Euro an Unternehmen (das entspricht ca. 57 % bzw. 123 % des Eurozonen-BIP). Ausstehende Kredite an Haushalte wuchsen um 4,2 % und Kredite an Unternehmen um 5,6 % im Vergleich zum Vorjahr (Abb. 6).

ABB. 6: KREDITWACHSTUM

In % ggü. Vorjahr



Quellen: EZB, Macrobond

Die Kreditzinsen in der Eurozone sind dabei zwar deutlich höher als noch vor einem Jahr, zuletzt aber wieder etwas gefallen. Anleihen mit einer BBB-Bewertung und mit einer Laufzeit von 10 Jahren notierten zuletzt beispielsweise bei 4,4 %, solche mit einem AAA-Rating bei 3,1 %. Die Finanzierungskosten für private Haushalte bewegen sich dazwischen, zuletzt bei 4,6 % (Abb. 7).

ABB. 7: ZINSEN AUF UNTERNEHMENSANLEIHEN UND FINANZIERUNGSKOSTEN FÜR PRIVATE HAUSHALTE

In %

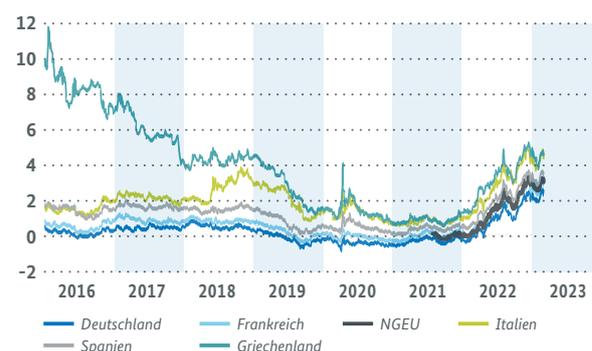


Quellen: EZB, Macrobond

Die Zinsen 10-jähriger deutscher Bundesanleihen bewegten sich zuletzt um 2,3 % (Abb. 8) – und damit weit über den noch negativen Zinsen vor einem Jahr. Die Zinsen auf Staatsanleihen der übrigen Euroländer stiegen ebenfalls. Die höchsten Zinsen gibt es hier nach wie vor von griechischen und italienischen Staatsanleihen; sie lagen zuletzt bei 4,3 bzw. 4,5 %. EU-Anleihen (hier für NGEU) rentierten zuletzt bei 2,9 %.

ABB. 8: ZINSEN AUF 10-JÄHRIGE STAATSANLEIHEN

In %



Quelle: Macrobond

Der Euro hat im Vergleich zum Jahresbeginn 2022 6 % an Wert gegenüber dem US-Dollar verloren und notiert mit zuletzt 1,06 US-Dollar pro Euro wieder merklich über Parität. Gegenüber dem britischen Pfund hat der Euro seit Jahresbeginn 2022 etwa 5 % aufgewertet und notierte zuletzt bei 0,88 Pfund pro Euro. Gegenüber dem japanischen Yen hat der Euro seit Jahresbeginn 2022 rd. 8 % an Wert gewonnen und notierte zuletzt bei 140 Yen pro Euro (Abb. 9).

ABB. 9: WECHSELKURSE

Index rebasiert auf 1. Januar 2021 = 100



Quelle: Macrobond

IMPRESSUM

Herausgeber

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK)
Öffentlichkeitsarbeit
11019 Berlin
www.bmwk.de

Stand

Januar 2023

Diese Publikation wird ausschließlich als Download angeboten.

Gestaltung

PRpetuum GmbH, 80801 München

Bildnachweis

Titel, S. 7: Pixelbliss / Adobe Stock; S. 2: BMWK / Dominik Butzmann; S. 9: BMWK; S. 14: Klubovy / iStock; S. 15: Marccophoto / iStock; S. 17: Izabela Habur / iStock; S. 21/22: BMWK / Zöhre Kurcck; S. 23: AnnaStills / iStock; S. 24: Eva-Katalin / iStock

Diese und weitere Broschüren erhalten Sie bei:

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
Referat Öffentlichkeitsarbeit
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmwk.de

Zentraler Bestellservice

Telefon: 030 18272-2721
Bestellfax: 030 181027227-21

Diese Publikation wird vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf nicht zur Wahlwerbung politischer Parteien oder Gruppen eingesetzt werden.